Bericht und Antrag des Regierungsrats
vom 21. März 2006 an den Landrat
zur Änderung der Strafprozessordnung des Kantons Uri

A. Zusammenfassung

Die am 1. Januar 2007 in Kraft tretende Revision des allgemeinen Teils des Strafgesetzbuches (StGB) bringt zahlreiche Änderungen mit sich. So sollen kurze Freiheitsstrafen weitgehend durch Geldstrafen im Tagessatzsystem oder durch gemeinnützige Arbeit abgelöst werden. Mit der Einführung einer neuen Sicherungsverwahrung will man den Schutz vor gefährlichen Gewalttätern verstärken. Eine Ausdehnung des Geltungsbereichs des StGB ermöglicht es, bestimmte im Ausland begangene Sexualstraftaten auch in der Schweiz zu verfolgen. Ausserdem sollen die Verjährungsregeln vereinfacht und eine Bestimmung zur strafrechtlichen Verantwortlichkeit des Unternehmens eingeführt werden.

Schliesslich wird das Jugendstrafrecht neu in einem gesonderten Bundesgesetz über das Jugendstrafrecht (JStG) geregelt. Dabei wird unter anderem die Strafmündigkeit von sieben auf zehn Jahre angehoben.

Die Änderung des allgemeinen Teils des StGB macht eine Anpassung des kantonalen Rechts erforderlich. Insbesondere die Neuordnung des Sanktionensystems bringt zahlreiche Anpassungen im kantonalen Recht mit sich.

Darüber hinaus wird die Strafbefehlskompetenz des Staatsanwalts erhöht, um der zu erwartenden Zunahme der Arbeitslast der Gerichte zu begegnen. Ausserdem soll bei der Regelung der Vollzugskosten nicht mehr zwischen Straf- und Massnahmevollzug unterschieden werden. Vielmehr werden neu sämtliche Vollzugskosten vom Kanton getragen, mit angemessener Beteiligung des Verurteilten. Die Kostenpflicht der Gemeinden wird aufgehoben. Schliesslich enthält diese Vorlage zahlreiche weitere Anpassungen des kantonalen Rechts, insbesondere der Strafprozessordnung (StPO). Zu erwähnen sind beispielsweise die Bestimmungen zum Strafverfahren gegen das Unternehmen.

Am 21. Dezember 2005 hat der Bundesrat eine Botschaft zur Vereinheitlichung des Strafprozessrechts verabschiedet. Ziel dieser Vorlage ist die Einführung einer Schweizerischen Strafprozessordnung. Dadurch ist eine erneute Änderung des kantonalen Rechts und der Behördenorganisation bereits absehbar. Dennoch ist es erforderlich, die aktuelle Revision

des allgemeinen Teils des StGB umzusetzen. Insbesondere die kantonalen Vollzugsorgane des Strafrechts raten davon ab, mit der Umsetzung bis zum Erlass der Schweizerischen Strafprozessordnung zuzuwarten.

B. Ausführlicher Bericht

I. Ausgangslage

Am 13. Dezember 2002 beschloss die Bundesversammlung eine Änderung des allgemeinen Teils des Strafgesetzbuches (StGB; BBl 2002 S. 8240 ff.). Wichtigstes Anliegen der Revision ist die Neuordnung und Differenzierung des Sanktionensystems mit zwei Schwerpunkten: Einerseits soll die kurze unbedingte Freiheitsstrafe bis zu sechs Monaten weitgehend durch die Geldstrafe im Tagessatzsystem oder durch gemeinnützige Arbeit ersetzt werden. Andererseits soll die Öffentlichkeit namentlich durch die Einführung einer neuen Sicherungsverwahrung besser vor gefährlichen Gewalttätern geschützt werden.

Daneben enthält die Vorlage zahlreiche andere wichtige Neuerungen, wie die Ausweitung der Kompetenz zur Verfolgung im Ausland begangener Straftaten (namentlich sexueller Kindesmissbrauch), vereinfachte Verjährungsregeln sowie die Strafbarkeit der Unternehmung.

Mit der erwähnten Änderung wird auch das Jugendstrafrecht aus dem StGB ausgegliedert und in einem separaten Bundesgesetz über das Jugendstrafrecht (Jugendstrafgesetz, JStG; BBl 2003 S. 4445 ff.) geregelt.

Sowohl gegen die Änderung des StGB als auch gegen das JStG ist die Referendumsfrist abgelaufen. Im Nachhinein wurde allerdings vor allem aus Kreisen von Strafverfolgungs- und Strafvollzugspraktikern Kritik an einigen Bestimmungen des revidierten StGB laut, und es wurden entsprechende Änderungen gefordert. Aus diesem Grund legte der Bundesrat am 29. Juni 2005 eine Botschaft zur Änderung einiger Regelungen des revidierten StGB vor (BBl 2005 S. 4689 ff.). Nach dem Willen des Bundesrats soll mit dieser Vorlage der revidierte allgemeine Teil des StGB noch vor dessen Inkrafttreten am 1. Januar 2007 nachgebessert werden. Die geplanten Änderungen betreffen einerseits einige punktuelle Änderungen im Bereich der Strafen, des Straf- und Massnahmenvollzugs sowie des Strafregisterrechts. Andererseits sollen einschneidende Änderungen an den Regelungen über die Massnahmen, insbesondere bei der neuen Form der Verwahrung, vorgenommen werden.

Die Revision des StGB und die Einführung des JStG erfordern eine Anpassung des kantona-

len Rechts, insbesondere der Strafprozessordnung (StPO; RB 3.9222). Die nachträglichen Änderungen am StGB betreffen die StPO nur am Rand. Sie sind im vorliegenden Entwurf bereits enthalten.

Bei der Anpassung des kantonalen Rechts ist das Projekt des Bundes, eine schweizerische Strafprozessordnung zu schaffen, zu beachten. Dieses hat das Ziel, die 26 kantonalen Strafprozessordnungen und den Bundesstrafprozess zu einer Strafprozessordnung zu vereinheitlichen, um die Effizienz der Strafverfolgung zu verbessern sowie die Rechtssicherheit und Rechtsgleichheit zu erhöhen. Das Volk hat hierfür die Rechtsgrundlage geschaffen, indem es in der Volksabstimmung vom 12. März 2000 Artikel 123 der Bundesverfassung (BV; SR 101) angenommen hat. Diese Vorschrift erteilt dem Bund die Kompetenz, neben dem materiellen Strafrecht auch das Strafprozessrecht zu regeln. Gestützt darauf hat der Bundesrat am 21. Dezember 2005 eine Botschaft zur Vereinheitlichung des Strafprozessrechts verabschiedet (BBl 2006 1085). Diese Vorlage beinhaltet den Entwurf für eine Schweizerische Strafprozessordnung sowie den Entwurf für eine Schweizerische Jugendstrafprozessordnung.

Mit der Einführung einer Schweizerischen Strafprozessordnung sind in absehbarer Zeit erneute Änderungen im kantonalen Recht sowie in der Behördenorganisation nötig. Obwohl also eine momentane Änderung des kantonalen Rechts nicht von langer Dauer sein wird, muss dennoch das Bundesrecht vollzogen werden. Die Revision des allgemeinen Teils des StGB bringt wesentliche Neuerungen mit sich (insbesondere das neue Sanktionssystem), so dass es nicht sachgerecht wäre, mit der Anpassung der StPO bis zum Vorliegen einer Schweizerischen Strafprozessordnung zuzuwarten.

Allerdings soll die Umsetzung etwas pragmatisch gehandhabt werden. So wird beispielsweise darauf verzichtet, dem Stimmbürger eine Gesetzesänderung vorzulegen, wenn es nur um begriffliche Änderungen geht (z. B. Streichung des Begriffes "Haft").

Der Änderungserlass bemüht sich grundsätzlich um eine geschlechtsneutrale Formulierung. Wird jedoch das Bundesrecht zitiert, werden auch die bundesrechtlichen Begriffe zitiert, auch wenn diese nur die männliche Form verwenden (vgl. Art. 245 Abs. 2 StPO). Ausserdem wird auf eine geschlechtsneutrale Formulierung verzichtet, wenn diese zusätzliche Änderungen nach sich ziehen würden (vgl. Art. 200 Abs. 1 und 2 StPO).

II. Finanzielle Auswirkungen

Messbare finanzielle Auswirkungen hat die Änderung der Strafprozessordnung nicht. Immerhin ist Folgendes festzuhalten. Mit der Revision wird die Beteiligung der Gemeinden an den Kosten des Massnahmevollzugs abgeschafft, was zweifellos zu Mehrausgaben des Kantons führen wird. Auf der anderen Seite wird jedoch die Beteiligung der verurteilten Person an den Massnahmevollzugskosten auf die Kosten des Strafvollzugs ausgedehnt. Auch das neue Sanktionssystem, das vermehrt auf Bussen und Geldstrafen setzt, lässt grundsätzlich an-

nehmen, dass dem Kanton inskünftig mehr Gelder zufließen werden als heute. Die Staatsanwaltschaft befürchtete anfänglich jedoch merkliche Ertragsausfälle im Bereich der Geldstrafen gegenüber den bisherigen Bussen aufgrund der Möglichkeit der bedingten Geldstrafe. Die nachträgliche Änderung des revidierten StGB sieht nun allerdings die Verbindung von bedingten Strafen mit Geldstrafen oder Bussen vor. Aus diesem Grund dürften die prognostizierten Ertragsausfälle zu relativieren sein.

Schliesslich ist auch zu erwarten, dass die Staatsanwaltschaft und die Jugendanwaltschaft vermehrt mit Arbeit belastet werden, nachdem ihre Strafbefehlskompetenzen erhöht werden. Auch die Änderung der Beteiligung des Verurteilten an den Kosten des Straf- und Massnahmenvollzugs sowie die Entlastung der Gemeinden in diesem Bereich werden nicht ohne finanzielle Auswirkungen bleiben.

III. Vernehmlassungen

Im Vernehmlassungsverfahren ist der Entwurf insgesamt positiv aufgenommen worden. Dennoch haben die vernehmlassenden Personen einige Änderungsvorschläge zum Vernehmlassungsentwurf und auch zur übrigen StPO eingebracht. Wo die Notwendigkeit besteht, wird auf die Änderungsvorschläge bei den einzelnen Bestimmungen eingegangen.

IV. Bemerkungen zu einzelnen Bestimmungen

Artikel 2

Die Änderung des allgemeinen Teils des StGB hat zur Folge, dass zahlreiche Verweise im kantonalen Recht auf Bestimmungen des StGB nicht mehr zutreffen. So sind auch die Verweise in Artikel 2 Absatz 1 StPO anzupassen. Neu ist auf die Artikel 340 bis 345 StGB zu verweisen sowie auf Artikel 38 JStG.

Artikel 4

Seit der Einführung des Bundesgesetzes über das Bundesstrafgericht (Strafgerichtsgesetz, SGG; SR 173.71) am 1. April 2004 ist die Beschwerdekammer des Bundesstrafgerichts zuständig, Streitigkeiten über die Zuständigkeit im Sinne von Artikel 345 StGB zu entscheiden. In Artikel 4 Absatz 1 StPO ist deshalb der Begriff "Anlagekammer des Bundesgerichts" zu ersetzen.

Gemäss Artikel 337 Absatz 2 Buchstabe b StGB kann die Bundesanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren eröffnen, wenn die zuständige kantonale Strafverfolgungsbehörde die Bundesanwaltschaft um Übernahme des Verfahrens ersucht. In der StPO ist die Zuständigkeit

für solche Ersuchen an die Bundesanwaltschaft nicht ausdrücklich geregelt. Mit einer Ergänzung von Artikel 4 StPO wird im Rahmen der verhörämtlichen Untersuchung das Verhöramt als zuständig bezeichnet, ein solches Ersuchen zu stellen, in den anderen Fällen die Staatsanwaltschaft.

Ausserdem ist der Verweis auf das StGB in Artikel 4 Absatz 3 StPO anzupassen. Anstatt auf Artikel 351 ist auf Artikel 345 StGB zu verweisen.

Artikel 5

Für Personen zwischen dem vollendeten 10. und dem vollendeten 18. Altersjahr gilt neu das JStG (Art. 3 Abs. 1 JStG). Das Gesetz unterscheidet dabei nicht mehr zwischen Kindern und Jugendlichen, sondern verwendet nur noch den Begriff "Jugendliche". Aus diesem Grund sind zahlreiche Bestimmungen der StPO anzupassen. So ist in Artikel 5 Absatz 3 der Begriff "Kinder" zu streichen.

Artikel 9

Neu enthält das StGB in Art. 52 ff. Strafbefreiungs- und Opportunitätsbestimmungen. Die StPO ist entsprechend anzupassen. Die Voraussetzung für das Absehen von der Strafverfolgung oder der Bestrafung in Artikel 9 Absatz 1 StPO, wonach die Verfolgung oder Bestrafung nicht im öffentlichen Interesse geboten erscheinen darf, ist zu streichen. Stattdessen ist auf Artikel 52 ff. StGB zu verweisen. Zudem soll diese Möglichkeit, entsprechend der Praxis, auch dem Verhöramt zustehen.

Artikel 16

Der Verweis auf das StGB in Artikel 16 StPO ist nicht mehr aktuell und muss angepasst werden. Statt auf Artikel 355 Absatz 1 ist auf Artikel 359 Absatz 1 zu verweisen.

Artikel 17

Der Verweis auf das StGB in Artikel 17 StPO ist an das geänderte StGB anzupassen. Statt auf Artikel 352 Absatz 2 ist auf Artikel 356 Absatz 2 StGB zu verweisen.

Artikel 42

In Artikel 96 StGB wird neu eine durchgehende soziale Betreuung im Strafverfahren und im

Vollzug vorgesehen. So haben die Kantone für die Dauer des Strafverfahrens und des Strafvollzugs eine soziale Betreuung sicherzustellen, die freiwillig in Anspruch genommen werden kann. Die soziale Betreuung soll im Kanton Uri in einer neuen Verordnung über den Vollzug von Strafen und Massnahmen geregelt werden. In die StPO ist eine Bestimmung aufzunehmen, wonach diese soziale Betreuung auch im Untersuchungs- und Gerichtsverfahren in Anspruch genommen werden kann.

Artikel 43a

In einem Strafverfahren gegen das Unternehmen wird dieses von einer einzigen Person vertreten, die uneingeschränkt zur Vertretung des Unternehmens in zivilrechtlichen Angelegenheiten befugt ist. Bestellt das Unternehmen nicht innert angemessener Frist einen derartigen Vertreter, so bestimmt die Untersuchungsbehörde oder das Gericht, wer von den zur zivilrechtlichen Vertretung befugten Personen das Unternehmen im Strafverfahren vertritt (Art. 102 Abs. 1 StGB). Wird gegen die Person, die das Unternehmen im Strafverfahren vertritt, wegen des gleichen oder eines damit zusammenhängenden Sachverhalts eine Strafuntersuchung eröffnet, so ist vom Unternehmen ein anderer Vertreter zu bezeichnen. Nötigenfalls bestimmt die Untersuchungsbehörde oder das Gericht zur Vertretung eine andere Person (Art. 102a Abs. 3 StGB).

Im gerichtlichen Verfahren ist analog zu Artikel 56 Absatz 1 StPO das Präsidium des zuständigen Landgerichts für zuständig zu erklären. Die Ähnlichkeit zur Bezeichnung einer notwendigen Verteidigung spricht dafür, den Unternehmensvertreter auch im Untersuchungsverfahren durch das zuständige Landgerichtspräsidium, und nicht durch das Verhöramt, benennen zu lassen. Der Sachverhalt ist allerdings in der Regel kompliziert und das Verhöramt kennt diesen am besten. Aus diesem Grund soll ein Antragsrecht des Verhöramts vorgesehen werden.

Die Frage, ob gegen den Entscheid der Rekurs gegeben sein soll, ist unter Berücksichtigung der Verhältnisse bei der Anordnung der notwendigen oder amtlichen Verteidigung und des Umstandes, dass die zur Vertretung bestimmte Person nicht zur Aussage verpflichtet ist (Art. 102a Abs. 2 StGB i.V.m. Art. 42 Abs. 2 StPO), zu verneinen.

Artikel 54

Neu soll die Verteidigung Jugendlicher abschliessend im 15. Kapitel der StPO geregelt werden. Aus diesem Grund ist die "Minderjährigkeit" in Artikel 54 Absatz 1 Ziffer 1 StPO zu streichen.

Artikel 81

In einem Strafverfahren gegen das Unternehmen können dessen Organe und das Personal unabhängig von ihrem formalen Status (beschuldigte Person, Auskunftsperson, Zeuge), immer dann aus eigenem Recht die Aussage verweigern, wenn die Gefahr besteht, sich selbst zu belasten.

Zu regeln ist, wem im Verfahren wegen Verantwortlichkeit des Unternehmens ein Aussageverweigerungsrecht zusteht. Der Kanton Bern, der hierzu ein Ausführungsgesetz erlassen hat, sieht eine generelle Mitwirkungspflicht des Unternehmens vor. Zu Recht stellen Schmid (recht 2003 S. 201 ff.) und Heine (ZStrR 121 (2003) S. 42) die Verfassungsmässigkeit einer generellen Auskunftspflicht in Frage. Rechtsstaatlich unproblematisch, aber recht weit gehend, ist eine Regelung entsprechend Artikel 175 Buchstabe h des Entwurfs für Schweizerische Strafprozessordnung. Die genannte Bestimmung sieht generell die Befragung bloss als Auskunftsperson vor (kritisiert von Heine Günter in ZStrR 121 (2003) S. 44). Eine Auskunftsperson kann die Aussage ohne die Angabe eines Grundes verweigern. Es müssen somit keine Zeugnisverweigerungsgründe geregelt werden. Diese Lösung soll auch in der StPO verwirklicht werden. Zwar wurde im Vernehmlassungsverfahren verschiedentlich bemängelt, dass die Vertreter der Unternehmung bloss als Auskunftspersonen (und nicht als Zeugen) befragt werden. Allerdings drängt sich kein Grund auf, von der eidgenössischen Lösung abzuweichen. Ausserdem hat es in Uri bisher keinen Fall aus dem Bereich des Unternehmensstrafrechts gegeben. Derartige Fälle dürften auch in Zukunft in Uri kaum eine grosse Rolle spielen.

Artikel 81 Absatz 1 StPO ist demzufolge mit einer zusätzlichen Ziffer zu ergänzen.

In Absatz 2 ist die Befragung von Kindern unter 15 Jahren als Auskunftsperson geregelt. Diese Bestimmung steht in keinem Zusammenhang mit dem Jugendstrafrecht. Somit ist auch der Wegfall der Unterscheidung zwischen Kindern und Jugendlichen im JStG an dieser Stelle unbeachtlich. Um aber einheitliche Begriffe zu verwenden, soll auch an dieser Stelle der Ausdruck "Kinder" durch "Jugendliche" ersetzt werden.

Artikel 86

Mit der Änderung des Medienstrafrechts (in Kraft seit 1. April 1998) wurde das beschränkte Zeugnisverweigerungsrecht des Redaktors in Artikel 27 Ziffer 3 Absatz 2 StGB durch ein allgemeines Zeugnisverweigerungsrecht der Medienschaffenden ersetzt (BBl 1996 IV 525, 550). Demnach dürfen gegen Personen, die sich beruflich mit der Veröffentlichung von Informationen im redaktionellen Teil eines periodisch erscheinenden Mediums befassen, oder

gegen ihre Hilfspersonen weder Strafen noch prozessuale Zwangsmassnahmen verhängt werden, wenn sie das Zeugnis über die Identität des Autors oder über Inhalt und Quellen ihrer Informationen verweigern (Art. 27bis Abs. 1 StGB bzw. neu Art. 28a Abs. 1 StGB). Dieses Zeugnisverweigerungsrecht gilt allerdings nur unter dem Vorbehalt von Artikel 27bis Absatz 2 StGB (neu Art. 28a Abs. 2 StGB). Diese Änderung wurde bei der Regelung der Zeugnisverweigerungsrechte in der StPO bislang nicht berücksichtigt. Artikel 86 Ziffer 4 StPO ist entsprechend anzupassen.

Artikel 121

Die Busse soll neu Geldstrafe heissen, wo sie nicht bloss der Sanktionierung von Übertretungen dient. Die Geldstrafe wird nach dem Tagessatzsystem bemessen. Dies geschieht dadurch, dass zunächst das Ausmass der Geldstrafe entsprechend dem Verschulden des Täters in einer bestimmten Zahl von Tagessätzen festgelegt wird (Art. 34 Abs. 1 StGB). Erst danach bestimmt das Gericht die Höhe der Tagessätze aufgrund der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Täters (Art. 34 Abs. 2 StGB). Das bedeutet, dass bei gleichem Verschulden für einen armen und einen reichen Täter die Geldstrafe nach Tagessätzen gleich, in Franken bemessen aber unterschiedlich hoch ausfällt. Mit diesem System soll dem Verschulden *und* den finanziellen Verhältnissen des Täters genügende Beachtung geschenkt werden (Botschaft zur Änderung des StGB; BBl 1999 S. 2018).

Die Sanktion gegen Übertretungen wird weiterhin Busse genannt (Art. 103 StGB) und zu ihrer Berechnung wird das Geldsummensystem beibehalten (Art. 106).

Sowohl die Geldstrafe als auch die Busse können in eine Ersatzfreiheitsstrafe umgewandelt werden (Art. 36 und 106 Abs. 5 StGB). Ebenso ist anstelle beider Sanktionen die Anordnung gemeinnütziger Arbeit möglich (Art. 37 und 107 StGB). Die Möglichkeit der bedingten oder teilbedingten Strafe besteht allerdings nur bei der Geldstrafe (Art. 42 und 43 StGB), nicht jedoch bei der Busse (Art. 105 Abs. 1 StGB). Bedingte Strafen können auch mit einer bedingten oder unbedingten Geldstrafe oder mit Busse verbunden werden (Art. 42 Abs. 4 StGB).

Es ist davon auszugehen, dass die Geldstrafe im Bereich der Vergehen und der leichteren Verbrechen zur wichtigsten Sanktion wird. Sie wird vor allem die kurzfristigen Freiheitsstrafen verdrängen. Der Gesetzgeber hat dies in StGB zum Ausdruck gebracht, indem er die Bestimmungen über die Geldstrafe an den Anfang des dritten Titels gestellt hat. Die StPO ist demzufolge in verschiedenen Bereichen anzupassen. So ist in Artikel 121 neben der Busse auch die Geldstrafe zu nennen.

Artikel 122

Neben der Busse ist auch die Geldstrafe zu nennen.

Artikel 125

Neben der Busse ist auch die Geldstrafe zu nennen.

Artikel 128

Der Verweis auf Artikel 58bis Absatz 3 StGB ist nicht mehr aktuell. Neu ist auf Artikel 70 Absatz 4 StGB zu verweisen.

Artikel 137

Die am 1. Januar 2005 in Kraft getretene Verschärfung der Strassenverkehrsgesetzgebung mit der anlassfreien Atem-Alkoholprobe und dem allfälligen Veranlassen weiterer Voruntersuchungen wie Speichel- und Urinproben macht es angezeigt, dass die heute im Artikel 137 Absatz 3 auf die Anordnung der Blutprobe reduzierte Kompetenz für die Polizei auf die Anordnung der Urinprobe ausgedehnt wird. Die Abnahme einer Speichelprobe hingegen ist keine körperliche Untersuchung, sondern eine erkennungsdienstliche Behandlung. Die Kompetenz zur Anordnung einer solchen braucht deshalb hier nicht erwähnt zu werden.

In der Praxis zu Problemen geführt hat bisweilen die auf die Abnahme folgende Analyse einer Blutprobe. Auch wenn die Blutprobe durch den Polizeikommandanten veranlasst wurde, ist grundsätzlich das Verhöramt zuständig, die Analyse anzuordnen. Um zu verhindern, dass das Verhöramt jedes Mal eine Strafuntersuchung eröffnen muss, ist es gerechtfertigt, auch dem Polizeikommandanten die Möglichkeit zu geben, die Analyse von Blut- und Urinproben in Auftrag zu geben, wenn noch keine Untersuchung eingeleitet ist. Diese Kompetenz wird in Artikel 137 Absatz 3 ausdrücklich festgehalten.

Artikel 157

Artikel 55a StGB (heute Artikel 66ter, eingefügt mit der Änderung des StGB im Zusammenhang mit der Strafverfolgung in der Ehe und in der Partnerschaft; BBl 2002 S.6621 ff.) sieht vor, dass die zuständige Behörde der Strafrechtspflege bei einfacher Körperverletzung, wiederholten Tätlichkeiten, Drohung und Nötigung gegen den Ehegatten oder Lebenspartner das Verfahren provisorisch und nach sechs Monaten definitiv einstellen kann. Artikel 157 Absatz 2 Ziffer 6 StPO verweist für die endgültige Einstellung auf Artikel 9 StPO. Dieser ver-

weist wiederum auf die Artikel 52 ff. StGB. Da in Artikel 157 StPO nur von der endgültigen Einstellung die Rede ist, gemäss Artikel 55a StGB die definitive Einstellung erst nach sechs Monaten provisorischer Einstellung möglich ist, ist der allgemeine Verweis auf Artikel 9 StPO beziehungsweise Artikel 52 ff. StGB nicht ganz richtig. Es ist ein Vorbehalt von Artikel 55a StGB anzubringen.

In Artikel 157 Absatz 3 StPO müssen die Verweise auf Artikel 43, 44, 58 und 59 StGB angepasst werden. Abgestimmt auf Artikel 161 Absatz 2 StPO ist neu auf Artikel 59 ff. und 64 StGB zu verweisen.

Artikel 161

In den Publikationen zum neuen allgemeinen Teil des StGB wird durchwegs von einer deutlichen Zunahme der Arbeitslast der Gerichte ausgegangen. Als Massnahme zur Entlastung der Gerichte wird deshalb die Strafbefehlskompetenz der Staatsanwaltschaft auf Freiheitsstrafen bis zu sechs Monaten erhöht.

Neu wird in Artikel 161 Absatz 1 StPO die Geldstrafe sowie die Verbindung von Geldstrafe und Freiheitsstrafe als Sanktion erwähnt. Gleichzeitig wird die Kompetenz der Staatsanwaltschaft für Geldstrafen auf 180 Tagessätze begrenzt, was ebenfalls sechs Monaten entspricht.

Der nach dem Vorschlag des Bundesrates geänderte Artikel 42 Absatz 4 StGB sieht die Möglichkeit vor, bedingte Strafen mit einer bedingten oder unbedingten Geldstrafe oder mit einer Busse zu verbinden. Diese Möglichkeiten sind auch in der StPO aufzuzählen.

Ausserdem ist neu die gemeinnützige Arbeit als selbstständige Hauptstrafe und nicht nur als alternative Vollzugsform vorgesehen. Das gesetzliche Höchstmass liegt bei 720 Stunden, was 180 Tagessätzen entspricht (Art. 37 StGB). Die Staatsanwaltschaft soll zuständig sein, gemeinnützige Arbeit bis zum Höchstmass anzuordnen.

In Artikel 161 Absatz 2 StPO sind die Verweise auf die Bestimmungen des StGB anzupassen. Ausserdem ist der Begriff "Nebenstrafen" zu streichen und der Begriff "sichernde Massnahmen" durch "stationäre therapeutische Massnahmen" und durch "Verwahrung" zu ersetzen.

Der neue Absatz 3 dient lediglich der Präzisierung und entspricht der heutigen Praxis.

Artikel 162

Nach Artikel 34 Absatz 4 StGB sind auch Zahl und Höhe der Tagessätze im Urteil festzuhalten. Artikel 162 Absatz 1 Ziffer 5 ist entsprechend zu ergänzen.

Ausserdem ist die vorzeitige Bussenlöschung im StGB nicht mehr vorgesehen und daher zu streichen.

Artikel 188

Artikel 55a Absatz 4 StGB sieht die endgültige Erledigung durch einen definitiven Einstellungsentscheid vor. Dabei handelt es sich weder um einen Freispruch im Sinne von Artikel 188 Absatz 2 StPO, noch um eine Einstellung des Verfahrens nach Artikel 188 Absatz 3 StPO. Auch der Nichtanhandnahme-Beschluss, wie ihn Artikel 9 Absatz 3 StPO vorsieht, ist weder ein Freispruch noch ein Einstellungsbeschluss im Sinne von Artikel 188 Absatz 2 und 3 StPO. Die Aufzählung der möglichen Erledigungsformen in Artikel 188 StPO ist demnach unvollständig. Neu soll deshalb Artikel 188 Absatz 1 StPO neben der Möglichkeit des Urteils (Freispruch oder Verurteilung) auch den Beschluss nennen. Dies deckt sich auch mit Artikel 192 Absatz 2 StPO, wonach nämlich der Entscheid des Gerichts als Beschluss zu fassen ist, wenn kein Sachurteil gefällt wird.

Der Beschluss gemäss Artikel 188 Absatz 1 StPO bezeichnet demnach Entscheide, welche kein Sachurteil darstellen. Demnach trifft der Begriff sowohl auf den Nichtanhandnahme-Beschluss gemäss Artikel 9 Absatz 3 StPO zu, als auch auf den endgültigen Einstellungsentscheid im Sinne von Artikel 55a Absatz 4 StGB und auch auf den Einstellungsbeschluss nach Artikel 188 Absatz 3 StPO.

Da der Beschluss gemäss Artikel 188 Absatz 1 StPO demjenigen von Artikel 192 Absatz 2 StPO entspricht, ist gemäss Artikel 219 StPO als Rechtsmittel die Berufung ans Obergericht zulässig.

Artikel 192

In Artikel 192 Absatz 1 Ziffer 5 ist Begriff "Umgang nehmen von Strafe" durch "Strafbefreiung" zu ersetzen.

Im Vernehmlassungsverfahren wurde vereinzelt vorgeschlagen, auch die Löschung von DNA-Profilen ins Urteilsdispositiv aufzunehmen. Damit solle die Information der für die Löschungsmeldungen verantwortlichen Stelle bei der Kantonspolizei sichergestellt werden.

Allerdings besteht rechtlich keine Notwendigkeit, die Löschung von DNA-Profilen im Urteilsdispositiv zu regeln. Die Lösungsgründe ergeben sich direkt aus dem Bundesgesetz über die Verwendung von DNA-Profilen im Strafverfahren und zur Identifizierung von unbekannt oder vermissten Personen (DNA-Profil-Gesetz; SR 363). Ausserdem sind nicht alle in Artikel 16 DNA-Profil-Gesetz genannten Löschungen bereits im Urteilszeitpunkt absehbar, beispielsweise im Falle einer Geldstrafe, wo DNA-Profile fünf Jahre nach der Zahlung gelöscht werden (Art. 5 Abs. 1 Bst. f DNA-Profil-Gesetz).

Aus diesen Gründen wurde die vorgeschlagene Änderung der StPO nicht übernommen.

Artikel 200

Die Friedensbürgschaft ist neu in Artikel 66 und nicht mehr in Artikel 57 StGB geregelt. Der Verweis in Artikel 200 Absatz 1 StPO ist entsprechend anzupassen.

Artikel 201a

Bei den nachträglichen richterlichen Anordnungen ist primär für die (wiederholt mögliche) Verlängerung der stationären Behandlung von psychischen Störungen der Rechtsschutz der Betroffenen sicherzustellen. Für schwere Eingriffe in die Rechte des Betroffenen im Rahmen von nachträglichen richterlichen Anordnungen ist deshalb die notwendige Rechtsverteidigung vorzusehen.

Artikel 204

Aufgrund der Änderung des StGB ist neu auf Artikel 342 anstatt 348 StGB zu verweisen.

Artikel 205

Der Verweis in Artikel 205 Ziffer 2 StPO ist dem geänderten StGB anzupassen. Der Verweis muss anstatt auf Artikel 110 Ziffer 2 StGB neu auf Artikel 110 Absatz 1 StGB lauten.

Artikel 237

Neben der Busse ist auch die Geldstrafe zu nennen.

Artikel 241

Die Bestimmung ist bezüglich Geldstrafen und gemeinnütziger Arbeit zu ergänzen.

Ausserdem wird in den Fällen von Artikel 381 Buchstabe a StGB das Recht der Begnadigung nicht von den Kantonen ausgeübt. Dementsprechend ist der Vorbehalt des Bundesrechts in Artikel 241 StPO aufzunehmen.

Artikel 245

Artikel 245 Absatz 2 StPO regelt die Zuständigkeit der Vollzugsbehörde unvollständig. Um nicht jede einzelne Aufgabe aufzuzählen, die das StGB der Vollzugsbehörde zuweist, wird in Artikel 245 Absatz 2 Buchstabe a StPO neu eine allgemeine Zuständigkeit der Justizdirektion vorgesehen. Demnach soll die Justizdirektion sämtliche Aufgaben erfüllen, die das StGB der Vollzugsbehörde überträgt.

Damit ergeben sich viele Zuständigkeiten der Justizdirektion direkt aus dem StGB und müssen in der StPO nicht eigens aufgeführt werden, beispielsweise die Zuständigkeit bei der bedingten Entlassung während der Probezeit Bewährungshilfe anzuordnen und Weisungen zu erteilen (Art. 62 Abs. 3 StGB) oder das Antragsrecht, auf Verlängerung der Probezeit (Art. 62 Abs. 4 StGB).

Im Fall einer Straftat während der Probezeit entscheidet neu nicht mehr die Vollzugsbehörde über die Rückversetzung, sondern das für die Beurteilung der neuen Straftat zuständige Gericht (Art. 62a StGB). In Artikel 245 Absatz 2 Buchstabe m StPO (bisher Buchstabe c) ist demzufolge die "Rückversetzung" zu streichen.

Hat sich der bedingt Entlassene bis zum Ablauf der Probezeit bewährt, so erfolgt die endgültige Entlassung nach Artikel 62b Absatz 1 StGB von Gesetzes wegen, ohne dass es eines Entscheids bedarf. Wenn die Höchstdauer der Massnahme nach Artikel 60 und 61 StGB erreicht ist und die Voraussetzungen für die bedingte Entlassung eingetreten sind, wird der Täter endgültig entlassen (Art. 62b Abs. 2 StGB). Sind die Voraussetzungen für die bedingte Entlassung nicht eingetreten, wird die Massnahme nach Artikel 62c Absatz 1 StGB aufgehoben. Sowohl für die Entlassungsverfügung wie auch für die Aufhebung der Massnahme soll die StPO die Justizdirektion als zuständig bezeichnen.

Nebst der Aufhebung der Massnahme bringt Artikel 62c StGB noch weitere Aufgaben mit sich. So ist dem Gericht zum Entscheid über den Vollzug der Reststrafe Mitteilung zu machen (Art. 62c Abs. 2 StGB), und die zuständige Behörde hat der Vormundschaftsbehörde Mitteilung zu machen, wenn sie bei der Aufhebung der Massnahme eine vormundschaftliche Massnahme für angezeigt hält (Art. 62c Abs. 5 StGB). Auch für die Mitteilung an die Vormundschaftsbehörde soll die Justizdirektion zuständig sein. Schliesslich hat die Justizdirekti-

on dem Gericht den Antrag betreffend Aufhebung oder Änderung einer Massnahme während ihres Vollzugs zu stellen (Art. 62c Abs. 6 StGB).

Bei stationären therapeutischen Massnahmen prüft die zuständige Behörde auf Gesuch oder von Amtes wegen, ob und wann der Täter aus dem Vollzug bedingt zu entlassen oder die Massnahme aufzuheben sei (Art. 62d StGB). Als zuständige Behörde wird die Justizdirektion bezeichnet.

Nach Artikel 62d Absatz 2 StGB entscheidet die zuständige Behörde gestützt auf das Gutachten eines unabhängigen Sachverständigen und nach Anhörung einer Kommission aus Vertretern der Strafverfolgungsbehörden, der Vollzugsbehörden sowie der Psychiatrie. Während die Justizdirektion den unabhängigen Sachverständigen zu bestellen hat, wird die Kommission vom Regierungsrat gewählt.

Neu kann die zuständige Behörde verfügen, dass der Täter zur Einleitung einer vom Gericht angeordneten ambulanten Massnahme während längstens zwei Monaten stationär zu behandeln ist (Art. 63 Abs. 3 StGB). Als zuständige Behörde wird die Justizdirektion bezeichnet. Es ist denkbar, dass auch ambulante Massnahmen erheblich in die Freiheit des Betroffenen eingreifen können. Die Bestimmung über die notwendige Rechtsverteidigung wird deshalb vorbehalten. Es wird auf die Bemerkungen zu Artikel 201a StPO verwiesen.

Gemäss Artikel 63a Absatz 1 StGB prüft die zuständige Behörde mindestens einmal jährlich, ob die ambulante Behandlung fortzusetzen oder aufzuheben ist. In Artikel 245 StPO soll als zuständige Behörde die Justizdirektion bezeichnet werden.

Nach Artikel 64b StGB prüft die zuständige Behörde auf Gesuch oder von Amtes wegen, ob und wann der Täter aus der Verwahrung bedingt entlassen werden kann und ob die Voraussetzung für eine stationäre therapeutische Massnahme gegeben ist. Als zuständige Behörde soll die Justizdirektion bezeichnet werden.

Nach Artikel 65 StGB kann das Gericht vor oder während des Vollzugs einer Freiheitsstrafe oder einer Verwahrung nachträglich eine stationäre therapeutische Massnahme anordnen. Es stellt sich allerdings die Frage, wie das Gericht an die nötigen Informationen gelangen soll. Aus diesem Grund ist eine Informationspflicht (Antragspflicht) der Justizdirektion in die StPO aufzunehmen.

Artikel 86 StGB regelt die bedingte Entlassung aus dem Strafvollzug durch die zuständige Behörde. An der bisherigen Zuständigkeit der Justizdirektion soll festgehalten werden.

Artikel 245b

Beim Vollzug der Fahrverbote gemäss Artikel 67b StGB ist dafür zu sorgen, dass eine einzige kantonale Behörde über die Information, welche Personen nicht zum Lenken eines Motorfahrzeugs berechtigt sind, verfügt. Im Rahmen von Kontrollen genügt die Anfrage der Polizei bei dieser Behörde. Zu diesem Zweck soll die Vollzugsbehörde dem Amt für Strassen- und Schiffsverkehr Fahrverbote zur Erfassung im automatisierten Fahrberechtigungsregister mitteilen.

Die neue Terminologie in Artikel 83 StGB erfordert ausserdem den Ersatz des Begriffs "Verdienstanteil" durch "Arbeitsentgelt".

Artikel 246

Sowohl an Stelle der Busse als auch der Geldstrafe kann die Ersatzfreiheitsstrafe oder die gemeinnützige Arbeit treten. Zudem kann auch die gemeinnützige Arbeit in eine Geld- oder Freiheitsstrafe umgewandelt werden (Art. 39 Abs. 1 StGB). Der Einfachheit halber wird in Artikel 246 StPO deshalb allgemein die "Umwandlung von Strafen" erwähnt.

Artikel 249

Neben Bussen sind neu auch Geldstrafen vom Amt für Finanzen zu vollziehen (Abs. 1).

Ausserdem kann von der Vollzugsbehörde die sofortige Bezahlung oder eine Sicherheitsleistung verlangt werden (Abs. 2). Der Verweis auf das StGB kann an dieser Stelle gestrichen werden.

An Stelle der Busse oder der Geldstrafe kann sowohl eine Ersatzfreiheitsstrafe (Art. 106 Abs. 2 StGB) als auch gemeinnützige Arbeit (Art. 107 StGB) angeordnet werden. Artikel 249 Absatz 3 StPO ist entsprechend anzupassen.

Im Vernehmlassungsverfahren tauchte die Frage auf, ob für die Umwandlung einer Busse, die sich auf kantonales Recht abstützt, eine Verweisung auf die Regeln des StGB nötig sei. Gemäss Artikel 3 des Gesetzes über die Einführung des Schweizerischen Strafgesetzbuches (EG/StGB; RB 3.9211) gelten die allgemeinen Bestimmungen des StGB auch für das Strafrecht des Kantons, der Korporationen und Gemeinden, soweit die Gesetzgebung nichts anderes bestimmt. Damit besteht eine genügende Rechtsgrundlage um auch Bussen, welche sich auf kantonales Recht stützen, gemäss Artikel 106 Absatz 2 StGB in eine Ersatzfrei-

heitsstrafe oder gemäss Artikel 107 StGB in gemeinnützige Arbeit umzuwandeln. Eine zusätzliche Verweisung in der StPO ist nicht notwendig.

Artikel 253

An die Stelle der bisherigen Schutzaufsicht tritt neu die Bewährungshilfe (Art. 93 ff. StGB). Die Terminologie ist entsprechend anzupassen.

Artikel 256

Die Begriffe "Gefängnis-" und "Zuchthausstrafen" werden ersetzt durch den Begriff "Freiheitsstrafe".

Neu ist die Busse die einzige Strafe bei Übertretungen. Die Haft als Sanktion gibt es gemäss StGB nicht mehr. Der Begriff "Haft" ist demzufolge zu streichen.

Bisher wurde bei der Tragung der Vollzugskosten zwischen Straf- und Massnahmenvollzug unterschieden. Während die Kosten des Strafvollzugs der Kanton bezahlte, musste der Verurteilte die Massnahmenvollzugskosten tragen. Die nicht einbringlichen Kosten gingen je hälftig zu Lasten der unterstützungspflichtigen Gemeinde und des Kantons.

Das StGB unterscheidet nicht zwischen Straf- und Massnahmenvollzugskosten. Gemäss Artikel 380 Absatz 1 StGB tragen die Kantone die Kosten des Straf- und Massnahmenvollzugs. Ausserdem sieht Artikel 380 Absatz 2 StGB eine weitergehende Kostenbeteiligung des Verurteilten vor als der heutige Artikel 256 Absatz 2 StPO. Anstatt nur an den Kosten für den Vollzug freiheitsentziehender Massnahmen, wird der Verurteilte auch an jenen des Strafvollzugs in angemessener Weise beteiligt. Da die bisherige Regelung den Verurteilten nicht in angemessener Weise an den Massnahmenvollzugskosten beteiligt, sondern ihm grundsätzlich die gesamten Kosten überträgt, verstösst sie gegen Artikel 380 Absatz 2 StGB. Stattdessen wird neu eine angemessene Kostenbeteiligung gemäss Artikel 380 Absatz 2 StGB vorgesehen.

Wie im StGB soll auch in der StPO für die Regelung der Vollzugskosten nicht mehr zwischen Straf- und Massnahmenvollzug unterschieden werden. Deshalb wird der Verurteilte auch an den Kosten des Strafvollzugs in angemessener Weise beteiligt. Die Ausdehnung der Kostenbeteiligung durch die unterstützungspflichtige Gemeinde auf die Strafvollzugskosten stiess in der Vernehmlassung jedoch auf Kritik und wurde wieder verworfen. Stattdessen wurde die Beteiligung der Gemeinden an den Vollzugskosten überhaupt fallen gelassen. Die Kosten des Straf- und Massnahmenvollzugs werden demzufolge neu vollumfänglich vom Kanton getragen, mit angemessener Beteiligung des Verurteilten. Diese Regelung führt frei-

lich zu einer zusätzlichen finanziellen Belastung des Kantons.

Artikel 257

Aufgrund des geänderten Artikels 256 StPO ist die Verweisung in Artikel 257 StPO anzupassen.

Artikel 259

Artikel 2 JStG bestimmt die Grundsätze, welche für die Anwendung des JStG wegleitend sein sollen. Diese Grundsätze sind in Artikel 259 StPO zu übernehmen. Ausserdem ist der Begriff "Kinder" zu streichen und die Bezeichnung "der Jugendanwalt" durch "die Jugendanwaltschaft" zu ersetzen.

Artikel 260

Durch die Einführung eines eigenen Jugendstrafgesetzes muss der Verweis in Artikel 260 Absatz 1 StPO auf das StGB angepasst werden, indem eben auf das JStG verwiesen wird. Ausserdem ist der Begriff "Kinder" zu streichen.

Schliesslich soll der Vorbehalt des Ordnungsbussenverfahrens in Artikel 260 Absatz 2 StPO nicht nur auf den Strassenverkehr beschränkt bleiben, sondern allgemein auf Ordnungsbussenverfahren des eidgenössischen und kantonalen Rechts ausgedehnt werden. Es ist sinnvoll, dass in solchen Fällen nicht jedes Mal die Jugendanwaltschaft eingeschaltet werden muss.

Heute ist die Anwendung des Ordnungsbussengesetzes (OBG; SR 741.03) bei Widerhandlungen von Kindern ausgeschlossen (Art. 2 Bst. c OBG). Auch mit dem Wegfall der Unterscheidung zwischen Kindern und Jugendlichen im Jugendstrafverfahren bleibt das Verfahren nach OBG ausgeschlossen für Jugendliche, die das 15. Altersjahr noch nicht vollendet haben (Art. 44 Ziff. 4 JStG). Diese Alterslimite wird auch in die StPO aufgenommen.

Artikel 261

Das JStG enthält in Artikel 38 ff. etliche Verfahrensbestimmungen. Der Vollständigkeit halber ist in Artikel 261 StPO vor dem Verweis auf das ordentliche Strafverfahren ein Hinweis auf die entsprechenden Bestimmungen des JStG anzubringen.

Ausserdem wird nicht mehr auf den Fürsorgegedanken hingewiesen, welchen das Jugendstrafverfahren verfolgt, sondern auf die Grundsätze "Schutz und Erziehung", welche auch in

Artikel 2 Absatz 1 JStG genannt sind.

Artikel 262

Der Begriff "Kinder" ist zu streichen.

Artikel 263

Artikel 9 JStG regelt die Abklärung der persönlichen Verhältnisse des Jugendlichen ausführlich. Der bisherige Wortlaut von Artikel 263 StPO kann deshalb durch jenen des Artikels 9 JStG ersetzt werden, wobei anstelle der "zuständigen Behörde" die "Jugend-anwaltschaft" zu nennen ist.

Artikel 264

In Absatz 1 und 3 ist der Begriff "Kinder" zu streichen.

Artikel 265

Artikel 39 Absatz 2 JStG bestimmt, unter welchen Voraussetzungen Verhandlungen vor gerichtlichen Instanzen öffentlich sind. Der Ausschluss der Öffentlichkeit, wie ihn Artikel 265 Absatz 1 StPO formuliert, geht demnach zu weit. Ein Vorbehalt von Artikel 39 Absatz 2 JStG ist notwendig.

Ausserdem sind die Begriffe "Kinder" (Abs. 1) und "Haft" (Abs. 2) zu streichen.

Artikel 266

Artikel 40 Absatz 2 JStG enthält einen Mindestanspruch auf amtliche Verteidigung. Das kantonale Recht kann jedoch weiter gehen. Da Artikel 40 Absatz 2 JStG die Voraussetzungen der amtlichen Verteidigung recht ausführlich beschreibt, bietet sich an, die Voraussetzungen in Artikel 266 Absatz 2 StPO durch einen Verweis auf Artikel 40 Absatz 2 JStG zu ersetzen.

Artikel 267

Die Bezeichnung "Kind" ist zu streichen.

Artikel 267b

Gemäss Artikel 42 JStG legt das kantonale Recht die Aktenaufbewahrungsfristen fest und bestimmt die Voraussetzungen für die Akteneinsicht sowie die Behörden, welche zur Akteneinsicht befugt sind.

Im neuen Artikel 267b StPO soll die Akteneinsicht geregelt werden, während die Aufbewahrungsfristen im 7. Abschnitt unter dem Thema Vollzug und Kosten festgelegt werden (Art. 285a StPO). Die Regelung der Akteneinsicht lehnt sich an Artikel 16 VRPV an, wobei zusätzlich noch die Beteiligten aufgeführt werden.

Artikel 268

Die Grundsätze des Jugendstrafverfahrens "Schutz und Erziehung" gemäss Artikel 2 JStG sind auch in Artikel 268 StPO zu übernehmen. Ausserdem ist der Begriff "Kinder" zu streichen.

Artikel 269

Die Bezeichnung "Jugendanwalt" ist durch "Jugendanwaltschaft" zu ersetzen und der Begriff "Kinder" ist zu streichen.

Artikel 270

In Absatz 2 ist die Bezeichnung "Kinder" zu streichen.

Artikel 271

Gemäss Artikel 39 Absatz 3 JStG ist der Jugendliche persönlich anzuhören. Aus diesem Grund ist der Vorbehalt in Artikel 271 Absatz 2 StPO, wonach der Jugendliche bei Übertretungen nicht persönlich einzuvernehmen ist, zu streichen.

Artikel 272

Artikel 272 StPO wird durch Artikel 6 JStG inhaltlich weitgehend abgelöst. Allerdings ist die Zuständigkeit der Jugendanwaltschaft zur Verfügung der Untersuchungshaft zu regeln. Im Übrigen kann auf Artikel 6 JStG verwiesen werden.

Ausserdem wird in Absatz 1 die Bezeichnung "Kinder" gestrichen und in Absatz 2 der Begriff "Jugendanwalt" durch "Jugend-anwaltschaft" ersetzt.

Artikel 273

Nach Artikel 5 JStG können die vom JStG vorgesehenen Schutzmassnahmen auch vorsorglich angeordnet werden. Dazu gehören neben der Unterbringung, welche heute in Artikel 273 Absatz 1 StPO geregelt ist, auch die Aufsicht, die persönliche Betreuung und die ambulante Behandlung. Um sämtliche Schutzmassnahmen zu erfassen, ist Artikel 273 Absatz 1 StPO offener zu formulieren. Ausserdem werden im ganzen Artikel die "vorsorglichen Massnahmen" in "vorsorgliche Schutzmassnahmen" geändert.

Zusätzlich ist der Begriff "Kinder" zu streichen und die Bezeichnung "Jugendanwalt" durch "Jugend-anwaltschaft" zu ersetzen.

Artikel 274

Bisher erledigte die Jugend-anwaltschaft zahlreiche Fälle mit der Verfügung einer Massnahme im Rahmen von Artikel 274 Absatz 1 Buchstabe b Ziffer 2 StPO. Neu sieht Artikel 11 Absatz 1 JStG zusätzlich zu einer Schutzmassnahme oder als einzige Rechtsfolge eine Strafe vor, wenn der Jugendliche schuldhaft gehandelt hat. Demzufolge wird in zahlreichen Fällen eine Strafe auszusprechen sein, welche die bisherige Zuständigkeit der Jugend-anwaltschaft (Art. 274 Abs. 1 Buchstabe b Ziffer 1 StPO) übersteigt.

Auch wenn man berücksichtigt, dass es sich bei der Täterschaft um Jugendliche handelt, war die bisherige Strafkompentenz der Jugend-anwaltschaft, im Vergleich mit derjenigen der Staats-anwaltschaft, gering. Mit einer Erweiterung der Kompetenz der Jugend-anwaltschaft kann zudem eine unnötige Belastung des Gerichts vermieden werden. Auch nach dem Vorwurf zu einem Schweizerischen Jugendstrafverfahren (im Folgenden EJStPO genannt) soll der Jugendrichter beziehungsweise die Jugendrichterin den Freiheitsentzug bis zu drei Monaten mit Strafbefehl verhängen können (Art. 14 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 16 Abs. 2 EJStPO). Es bietet sich folglich an, die bisherige Kompetenz der Jugend-anwaltschaft von 30 Tagen Einschliessung auf drei Monate zu erweitern. Anstatt von Einschliessung ist neu von Freiheitsentzug zu sprechen (Art. 25 JStG).

Ausserdem ist der Begriff "Arbeitsleistung" durch "persönliche Leistung" zu ersetzen (Art. 23 JStG). Auch hier ist die Kompetenz der Jugend-anwaltschaft zu erhöhen. Da die Höchstdauer der persönlichen Leistung zehn Tage und in qualifizierten Fällen drei Monate beträgt (Art. 23

Abs. 3 JStG), kann bei der Zuständigkeit der Jugendanwaltschaft zur Anordnung einer persönlichen Leistung auf eine Obergrenze verzichtet werden.

Das Bussenmaximum beträgt gemäss Artikel 24 Absatz 1 JStG Fr. 2'000.--. Die Beschränkung der Zuständigkeit der Jugendanwaltschaft auf Bussen bis zu Fr. 1'000.-- ist aus den weiter vorne genannten Gründen aufzuheben.

Bereits das geltende Recht kannte die Sanktion des Verweises (in der Zuständigkeit der Jugendanwaltschaft). Neu ist, dass zusätzlich eine Probezeit und damit verbundene Weisungen auferlegt werden können (Art. 22 Abs. 2 JStG). Artikel 274 StPO ist entsprechend zu ergänzen.

Bisher war die Jugendanwaltschaft zuständig, mittels Strafverfügung eine Massnahme ohne Verfügung über den Aufenthaltsort des Angeschuldigten oder der Angeschuldigten zu treffen (Art. 274 Abs. 1 Buchstabe b Ziffer 2 StPO). Neu soll in Artikel 274 die allgemeine Zuständigkeit der Jugendanwaltschaft zur Anordnung von Schutzmassnahmen festgehalten werden (Art. 10 ff. JStG). Die Jugendanwaltschaft soll ebenfalls zuständig sein, gemäss Artikel 10 Absatz 2 JStG von der Anordnung einer Schutzmassnahme abzusehen.

Ausserdem soll in Artikel 274 die Zuständigkeit zur Strafbefreiung nach Artikel 21 JStG vorgesehen werden.

Neu sind auch die in Artikel 7 und 8 JStG vorgesehenen Erledigungsformen – die definitive und die vorläufige Einstellung des Verfahrens – in die StPO zu übernehmen. Hierzu soll ebenfalls die Jugendanwaltschaft zuständig sein.

Schliesslich kann durch den Wegfall der Unterscheidung zwischen Kindern und Jugendlichen Artikel 274 Absatz 1 Buchstabe a gestrichen werden. Ausserdem ist im ganzen Artikel der Begriff "Jugendanwalt" durch "Jugend-anwaltschaft" zu ersetzen.

Artikel 274b

Unter den Voraussetzungen von Artikel 8 Absatz 1 JStG kann die zuständige Behörde das Verfahren gegen Jugendliche vorläufig einstellen und eine anerkannte, dafür geeignete Organisation oder Person damit beauftragen, ein Mediationsverfahren durchzuführen. Gemäss Artikel 8 Absatz 3 JStG erlassen die Kantone die notwendigen Ausführungsbestimmungen zum Mediationsverfahren. Insbesondere sind die Anforderungen an die Mediationsorganisation oder -person sowie die Kosten des Mediationsverfahrens zu regeln. Die Mediation im Jugendstrafverfahren ist ein neues Instrument, mit dem zuerst noch Erfahrungen gesammelt

werden müssen. Aus diesem Grund wird eine flexible Lösung angestrebt. So soll der Regierungsrat die Ausführungsbestimmungen in einem Reglement erlassen, um später den Regelungsbereich ins ordentliche Recht zu übernehmen.

Artikel 275

In Absatz 2 ist die Bezeichnung "Kind" zu streichen.

Artikel 277

Der Begriff "Kind" ist zu streichen.

Artikel 279

Die Bezeichnung "Kind" ist zu streichen.

Artikel 281b

Der Begriff "Kinder" ist zu streichen.

Artikel 282

In Artikel 282 Absatz 1 StPO ist darauf hinzuweisen, dass Artikel 249 Absatz 1, 2 und 4 StPO auch für den Bussenvollzug im Jugendstrafverfahren gelten. Aus dem bisherigen Wortlaut von Artikel 282 Absatz 1 StPO geht dies nicht klar hervor, da auch die Busse eine Strafe ist und somit grundsätzlich von der Jugendanwaltschaft vollzogen wird.

Der Artikel 282 Absatz 2 StPO bezog sich gemäss seinem Hinweis auf Artikel 370 StGB bisher nur auf die Durchführung der Erziehungsbeihilfe und die Schutzaufsicht. Der Artikel 370 StGB, wonach zur Durchführung der Erziehungshilfe und der Schutzaufsicht geeignete freiwillige Vereinigungen und Privatpersonen herangezogen werden können, findet sich in dieser Form im geänderten Recht nicht mehr. Stattdessen sehen zahlreiche Bestimmungen des JStG die Mithilfe geeigneter Personen oder Organisationen vor (vgl. Art. 12 Abs. 1 JStG, Art. 13 Abs. 1 JStG, Art. 15 Abs. 1 JStG, Art. 23 Abs. 1 und 5 JStG).

Artikel 282 Absatz 2 StPO ist folglich weiter zu fassen.

Das JStG kennt die Sanktion des Schularrests nicht. Artikel 282 Absatz 4 StPO ist somit zu streichen.

Artikel 283

Die Verweise in Artikel 283 StPO auf das StGB und das Gesetz über die Organisation der richterlichen Behörden (Gerichtsorganisationsgesetz [GOG; RB 2.3221] treffen nicht mehr zu. Anstatt auf die geänderten Artikel zu verweisen, soll an dieser Stelle auf die Verweisungen ganz verzichtet werden.

Artikel 284 und 285

Neu regelt Artikel 43 JStG, wer die Kosten des Straf- und Massnahmenvollzugs für Jugendliche zu tragen hat. Da die erwähnte Bestimmung sowohl die Straf- als auch die Massnahmenvollzugskosten regelt, können die Artikel 284 und 285 StPO zusammengelegt werden. Artikel 285 StPO ist damit aufzuheben.

Abgesehen von der Möglichkeit vertraglicher Regelungen der Kantone über die Kostenverteilung gemäss Artikel 43 Absatz 3 JStG und der kantonsinternen Kostenverteilung, bleibt kein Raum für eigene kantonale Regelungen. Anstatt auf Artikel 256 StPO ist also auf Artikel 43 JStG zu verweisen.

Wie beim Erwachsenenvollzug wird auch im Jugendvollzug auf die Kostenbeteiligung der unterstützungspflichtigen Gemeinde verzichtet (vgl. Kommentar zu Art. 256 StPO).

Artikel 285a

Artikel 43 Buchstabe a JStG verlangt vom kantonalen Recht eine Regelung der Aufbewahrungsfristen für die im Zusammenhang mit einer Straftat erstellten Polizei-, Untersuchungs-, Gerichts- und Vollzugsakten. Die Aktenaufbewahrungsfrist wird hiermit auf 15 Jahre festgelegt.

Artikel 287

Gemäss Artikel 379 StPO können die Kantone privat geführten Anstalten und Einrichtungen die Bewilligung erteilen, Strafen in der Form der Halbgefängenschaft und des Arbeitsexternats sowie Massnahmen nach den Artikeln 59 bis 61 und 63 StGB zu vollziehen. Die privat geführten Anstalten und Einrichtungen unterstehen der Aufsicht der Kantone (Art. 379 Abs. 2 StGB).

Artikel 287 StPO regelte bislang die ärztliche Aufsicht über die für den Vollzug der erzieheri-

schen und sichernden Massnahmen bestimmten Privatanstalten, Familien- und Erziehungshilfen gemäss dem bisherigen Artikel 391 StGB. Im geänderten StGB findet sich diese ärztliche Aufsicht nicht mehr.

In Artikel 287 StPO soll nun allgemein die Zulassung und die Aufsicht über Privatanstalten geregelt werden. Sowohl für die Zulassung, als auch für die Aufsicht wird die Justizdirektion als zuständig bezeichnet.

Artikel 289a

Neu sollen sämtliche Vollzugsfragen ausserhalb der StPO in einer besonderen Verordnung geregelt werden (Verordnung über den Vollzug von Strafen und Massnahmen sowie die Bewährungshilfe und Betreuung). Diese Lösung wurde auch von anderen Kantonen gewählt und entspricht auch dem Konzept des Entwurfs für eine Schweizerische Strafprozessordnung.

Durch die Zusammenfassung aller Normen zum Vollzugsrecht in einer neuen Verordnung, können verschiedene, zu diesem Thema existierende Erlasse aufgehoben werden.

Artikel 290a

Die Änderung des Allgemeinen Teils des StGB haben Anpassungen in weiteren kantonalen Erlassen zur Folge.

Zahlreiche kantonale Erlasse sehen heute als Sanktion für eine Übertretung Haft oder Busse vor. Die Haft wurde bisher in Artikel 39 StGB definiert. Wie bereits erwähnt, entfällt mit der Änderung des allgemeinen Teils des StGB die Haft als Sanktion im Bundesrecht.

Da den Kantonen die Gesetzgebung über das Übertretungsstrafrecht vorbehalten ist, soweit es nicht Gegenstand der Bundesgesetzgebung ist (Art. 335 StGB), wird die Haft als Sanktion nicht durch vorgehendes Bundesrecht ausgeschlossen. Mit anderen Worten bleibt es den Kantonen überlassen, für Übertretungen weiterhin die Haftstrafe vorzusehen. Allerdings muss dann das kantonale Recht den Begriff der Haft definieren.

Mit vorliegendem Änderungserlass können nur kantonale Verordnungen geändert werden. Gesetzesänderungen unterliegen der obligatorischen Volksabstimmung, während Reglementsänderungen in der Kompetenz des Regierungsrates liegen. Zum heutigen Zeitpunkt soll darauf verzichtet werden, wegen eines einzigen Begriffs diverse Gesetzesänderungen anzustrengen. Stattdessen sollen, wenn das kantonale Recht die Haft als Strafe vorsieht, die

Bestimmungen über die Busse gemäss Bundesrecht angewendet werden. Diese Lösung sieht der neue Artikel 290a Absatz 1 StPO vor.

Bussen können sowohl in eine Ersatzfreiheitsstrafe als auch in gemeinnützige Arbeit umgewandelt werden. Wurde die Busse von einer Verwaltungsbehörde verhängt und nicht bezahlt, so entscheidet das Gericht über die Ersatzfreiheitsstrafe (Art. 106 Abs. 5 in Verbindung mit Art. 36 Abs. 2 StGB).

Im Vernehmlassungsverfahren ist vereinzelt die Bemerkung aufgetaucht, dass zurzeit unklar sei, ob die Ersatzfreiheitsstrafe bereits im Urteil aufgeführt werden müsse. Dies hätte nämlich zur Konsequenz, dass die kantonalen Verwaltungsbehörden gar keine Bussen mehr aussprechen könnten, wie die Ersatzfreiheitsstrafe ja vom Richter bestimmt werden muss. Dieser Auslegung kann jedoch nicht gefolgt werden. Schliesslich erscheint es bereits durch den Verweis in Artikel 106 Absatz 5 StGB auf Artikel 36 Absatz 2 StGB klar, dass das Gericht *nachträglich* über die Ersatzfreiheitsstrafe entscheidet, wenn die Verwaltungsbehörde die Busse verhängt hat. Ausserdem soll Artikel 106 Absatz 2 StGB dazu dienen, die Gerichte zu entlasten. Könnten die Verwaltungsbehörden keine Bussen mehr aussprechen, hätte dies aber eine Mehrbelastung der Gerichte zur Folge, was dem Sinn des Gesetzes widerspricht. Die StPO geht deshalb klar davon aus, dass Verwaltungsbehörden Bussen aussprechen können, welche *nachträglich* vom Richter in eine Ersatzfreiheitsstrafe umgewandelt werden können.

Im Kanton Uri können Verwaltungsbehörden lediglich Bussen verhängen. Da eine allfällige Ersatzfreiheitsstrafe für Busse höchstens drei Monate beträgt (Art. 106 Abs. 2 StGB) und der Staatsanwalt Freiheitsstrafen bis zu sechs Monaten aussprechen darf, kann auch die Busenumwandlung im Strafbefehlsverfahren erfolgen. Eine entsprechende Zuständigkeit der Staatsanwaltschaft ist neu in die Verordnung über die Verwaltungsrechtspflege (VRPV; RB 2.2345) aufzunehmen.

Für die Umwandlung von Bussen, die von einer Verwaltungsbehörde ausgesprochen wurden, in gemeinnützige Arbeit, soll ebenfalls die Staatsanwaltschaft zuständig sein. Diese Zuständigkeit ist ebenfalls in dem neuen Artikel 92 Absatz 5 VRPV zu regeln.

Im Strafregister erfolgen die Entfernungen der Einträge (bisher Löschungen genannt) zentral von Bern aus. Artikel 3 Absatz 3 der Verordnung über das Strafregister, die Leumundsberichte und die Leumundszeugnisse (RB.3.9323) ist damit gegenstandslos und geworden und daher zu streichen.

Seit dem 1. Juli 2004 werden im Kanton Uri Ehrverletzungs- und Kreditschädigungsklagen nicht mehr nach den Regeln des Zivilprozesses, sondern nach denjenigen des Strafprozes-

ses beurteilt. Mit dieser Änderung wurde zwar Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe d der Zivilprozessordnung (ZPO; RB 9.2211) aufgehoben, welcher den Geltungsbereich der ZPO bestimmt. Allerdings wurde es versäumt, die Ehrverletzungs- und Kreditschädigungsklagen bei der Regelung der Zuständigkeit des Landgerichts in Artikel 11 Buchstabe b ZPO zu ändern. Dies soll nun nachgeholt werden. Dementsprechend ist Artikel 11 Buchstabe b ZPO ersatzlos zu streichen.

Ausserdem ist in zahlreichen Verordnungen, welche eine Strafandrohung auf "Haft oder Busse" beinhalten, die "Haft" zu streichen.

V. Antrag

Der Regierungsrat beantragt dem Landrat, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Änderung der Strafprozessordnung, wie sie im Anhang enthalten ist, wird beschlossen.

Anhang

Änderungserlass

Beilagen

- synoptische Darstellung des geltenden und des geänderten Rechts
- Vernehmlassungsadressaten

STRAFPROZESSORDNUNG

(Änderung vom ...)

Der Landrat des Kantons Uri beschliesst:

I.

Die Strafprozessordnung vom 29. April 1980¹⁾ wird wie folgt geändert:

Artikel 2 Absatz 1

¹Die örtliche Zuständigkeit zur Verfolgung und Beurteilung der nach eidgenössischem Recht strafbaren Handlungen richtet sich nach den Bestimmungen des eidgenössischen Rechts, insbesondere nach Artikel 340 bis 345 StGB und Artikel 38 JStG.

Artikel 4 Prüfung der Zuständigkeit

¹Die Organe der Strafrechtspflege haben die Zuständigkeit zur Verfolgung und Beurteilung von Amtes wegen zu prüfen. Gegenüber ausserkantonalen Behörden und Amtsstellen ist die Staatsanwaltschaft und im Rahmen der verhöreramtlichen Untersuchung das Verhöramt zuständig, den ernerischen Gerichtsstand anzuerkennen. Ist der Gerichtsstand streitig, ist stets die Staatsanwaltschaft zur Anerkennung oder zur Vertretung des Kantons vor der Beschwerdekammer des Bundesstrafgerichts zuständig.

²Die Staatsanwaltschaft ist zuständig, die Bundesanwaltschaft im Sinne von Artikel 337 Absatz 2 Buchstabe b StGB um Übernahme des Verfahrens zu ersuchen. Im Rahmen der verhöreramtlichen Untersuchung ist hierzu das Verhöramt zuständig.

³Bei fehlender Zuständigkeit nehmen die Organe der Strafrechtspflege die unaufschiebbaren Handlungen vor. Sie überweisen die Akten der zuständigen Amtsstelle oder Behörde.

⁴Innerkantonale Streitigkeiten über die Zuständigkeit entscheidet das Obergericht endgültig. Interkantonale Streitigkeiten über die Zuständigkeit entscheidet das Obergericht endgültig. Interkantonale Streitigkeiten über die Zuständigkeit entscheidet das Obergericht endgültig. Interkantonale Streitigkeiten über die Zuständigkeit entscheidet das Obergericht endgültig. Interkantonale Streitigkeiten über die Zuständigkeit entscheidet das Obergericht endgültig. Interkantonale Streitigkeiten über die Zuständigkeit entscheidet das Obergericht endgültig.

¹⁾ RB 3.9222

Artikel 5 Absatz 3

³Das Verfahren gegen Jugendliche ist von demjenigen gegen Erwachsene so rasch als möglich zu trennen.

Artikel 9 Absatz 1

¹Das Verhöramt, die Staatsanwaltschaft oder das Gericht können von der Strafverfolgung oder der Bestrafung absehen, wenn die Voraussetzungen des Bundesrechts erfüllt sind (Art. 52 ff. StGB).

Artikel 16 Erteilung von Bewilligungen

Soweit nicht das Konkordat über die Rechtshilfe und die interkantonale Zusammenarbeit in Strafsachen¹⁾ zur Anwendung gelangt, erteilt das Verhöramt die Bewilligung für Amtshandlungen, die auf dem Gebiet des Kantons Uri vorgenommen werden sollen (Art. 359 Abs. 1 StGB).

Artikel 17 Politische und Pressedelikte

Bei politischen oder durch das Mittel der Druckerpresse begangenen Verbrechen und Vergehen entscheidet die zuständige Direktion²⁾ über die Zuführung der beschuldigten Person an den andern Kanton oder die Übernahme des Strafverfahrens (Art. 356 Abs. 2 StGB).

Artikel 42 Absatz 3 (neu)

³Er kann sowohl während der Untersuchung und im Gerichtsverfahren, wie auch im Strafvollzug freiwillig soziale Betreuung in Anspruch nehmen.

Artikel 43a Verantwortlichkeit des Unternehmens (neu)

¹In einem Strafverfahren gegen das Unternehmen bestimmt in den Fällen von Artikel 102a Absatz 1 und Absatz 3 StGB das Präsidium des zuständigen Landgerichts die einzige Person, welche das Unternehmen im Strafverfahren vertritt.

¹⁾ SR 351.71

²⁾ Justizdirektion; vgl. Art. 1 und 6 Organisationsreglement (RB 2.3322)

²Im Untersuchungsverfahren entscheidet das Präsidium des zuständigen Landgerichts auf Antrag des Verhöramts.

Artikel 54 Absatz 1 Ziffer 1

¹Die beschuldigte Person muss verteidigt sein, wenn

1. berechnigte Zweifel bestehen, dass sie infolge geistiger oder körperlicher Beeinträchtigung im Stande ist, sich selber zu verteidigen, und auch die gesetzliche Vertretung sie nicht ausreichend verbeiständen kann;

Artikel 81 Absatz 1 Ziffer 4 (neu) und Absatz 2

¹Als Auskunftspersonen werden einvernommen:

4. in einem gegen ein Unternehmen gerichteten Verfahren die Personen, die als Organ oder als Mitglied des Personals auszusagen haben.

²Jugendliche unter 15 Jahren dürfen in jedem Fall nur als Auskunftsperson befragt werden. Sie sollen jedoch nur befragt werden, wenn dies unerlässlich ist und ihnen aus der Befragung kein Nachteil droht. Zur Befragung können geeignete Personen beigezogen werden; diesen kann auch die Befragung übertragen werden.

Artikel 86 Ziffer 4

Von der Zeugnispflicht sind ausgenommen:

4. Personen, die sich beruflich mit der Veröffentlichung von Informationen im redaktionellen Teil eines periodisch erscheinenden Mediums befassen und ihre Hilfspersonen, unter den Voraussetzungen von Artikel 28a StGB.

Artikel 121 Absatz 2

²Die verfallene Sicherheit wird in der von der Behörde zu bestimmenden Reihenfolge für die Bezahlung der Verfahrens- und Vollzugskosten, der Geldstrafe oder der Busse und zur Deckung der gerichtlich zugesprochenen Schadenersatzbegehren verwendet. Der Rest fällt in die Staatskasse, kann aber zurückerstattet werden, wenn die flüchtige Person sich vor Ablauf der Verjährungsfrist stellt.

Artikel 122 Absatz 2

²Die freizugebende Sicherheit kann zur Deckung der Verfahrens- und Vollzugskosten sowie der Geldstrafe oder der Busse verwendet werden, wenn sie nach Artikel 125 beschlagnahmt wird.

Artikel 125 Beschlagnahme von anderen Vermögenswerten

Das Verhöramt kann darüber hinaus andere Vermögenswerte der beschuldigten Person beschlagnahmen, soweit es zur Sicherung der Verfahrens- und Vollzugskosten sowie der Geldstrafe oder der Busse notwendig erscheint.

Artikel 128 Absatz 4

⁴Ist die zur Entgegennahme berechtigte Person nicht bekannt, so kann eine öffentliche Aufforderung zur Anmeldung des Anspruches erfolgen. Meldet sich die berechtigte Person nicht innerhalb von fünf Jahren, so verfällt der Gegenstand bzw. der Vermögenswert dem Staat (Art. 70 Abs. 4 StGB).

Artikel 137 Absatz 3

³Das Verhöramt ist zuständig, solche Zwangsmassnahmen zu verfügen. Solange keine Untersuchung eingeleitet ist, kann auch der Polizeikommandant Blut- und Urinproben anordnen und deren Auswertung veranlassen.

Artikel 157 Absatz 2 Ziffer 6 und Absatz 3

²Die Einstellungsverfügung wird erlassen, wenn
6. die Voraussetzungen von Artikel 9 erfüllt sind; vorbehalten bleibt Artikel 55a StGB.

³Müssen Massnahmen nach Artikel 59 ff. oder 64 StGB angeordnet werden, so entscheidet darüber auf Antrag der Staatsanwaltschaft das zuständige Landgericht.

Artikel 161 Voraussetzungen

¹Die Staatsanwaltschaft erlässt einen Strafbefehl, wenn als Sanktion für das strafbare Handeln lediglich eine der folgenden Strafen in Betracht fällt:

- eine Freiheitsstrafe von höchstens sechs Monaten;

- die Verbindung einer bedingten Freiheitsstrafe von höchstens sechs Monaten mit einer Geldstrafe von höchstens 180 Tagessätzen oder mit einer Busse;
- eine Geldstrafe von höchstens 180 Tagessätzen;
- die Verbindung einer bedingten Geldstrafe von höchstens 180 Tagessätzen mit einer weiteren Geldstrafe von 180 Tagessätzen oder mit einer Busse;
- eine Busse; oder
- gemeinnützige Arbeit.

Sie trifft den Entscheid nach ihrer freien, aus dem ganzen Verfahren geschöpften Überzeugung.

²Durch Strafbefehle können auch andere Massnahmen (Art. 66 ff. StGB) angeordnet und Zivilklagen beurteilt werden. Stationäre therapeutische Massnahmen (Art. 59 ff. StGB) und die Verwahrung (Art. 64 StGB) dürfen nicht angeordnet werden.

³Das Strafbefehlsverfahren steht nicht zur Verfügung, wenn auf Grund einer Straftat während der Probezeit, die neu auszusprechende Strafe und die zu widerrufende Strafe zusammen einem zu verbüssenden Freiheitsentzug von mehr als sechs Monaten oder mehr als 180 Tagessätzen Geldstrafe entsprechen.

Artikel 162 Absatz 1 Ziffer 5

¹Der Strafbefehl enthält:

5. die Strafe, Zahl und Höhe allfälliger Tagessätze, gegebenenfalls die Gewährung des bedingten Strafvollzuges sowie die allfälligen weiteren Sanktionen,

Artikel 188 Absatz 1

¹Das Gericht erlässt ein Urteil oder einen Beschluss. Das Urteil lautet auf Freispruch oder Verurteilung.

Artikel 192 Absatz 1 Ziffer 5

¹Das schriftliche Urteil enthält:

5. das Dispositiv, namentlich über
 - Schuldspruch, Freispruch,
 - die angewendeten Gesetzesbestimmungen,
 - Strafen und Massnahmen, Strafbefreiung, Verhaftung oder Freilassung des An-

geklagten,

- Herausgabe von beschlagnahmten Gegenständen,
- Verwendung der Sicherheitsleistung,
- Aufhebung von Pass- und Schriftensperre,
- Zivilansprüche,
- Kosten und Entschädigung.

Artikel 200 Absatz 1

¹Der Richter lädt den Gesuchsteller und den Gesuchsgegner vor und erlässt in Form einer Verfügung die in Artikel 66 StGB vorgesehenen Massnahmen.

Artikel 201a Notwendige Rechtsverteidigung (neu)

Drohen der betroffenen Person schwere Eingriffe in ihre Rechte, ist eine notwendige Rechtsverteidigung anzuordnen. Im Übrigen sind die Bestimmungen über die notwendige Verteidigung anwendbar.

Artikel 204 Zuständigkeit

Über die Vollstreckbarkeit ausländischer Strafurteile entscheidet das nach Artikel 342 StGB zuständige Präsidium des Landgerichts.

Artikel 205 Ziffer 2

Die Rechtsmittel stehen zu:

2. beim Tod der beschuldigten oder verurteilten Person den Angehörigen gemäss Artikel 110 Absatz 1 StGB,

Artikel 237 Absatz 1

¹Wird die verurteilte Person im wieder aufgenommenen Verfahren freigesprochen oder erheblich milder beurteilt, so wird sie in ihre Rechte nach dem neuen Urteil wieder eingesetzt. Geldstrafen, Bussen und Kosten werden entsprechend zurückerstattet. Über eine Entschädigung wird im Verfahren gemäss Artikel 71 Absatz 3 entschieden.

Artikel 241 Begnadigungsinstanz

Zuständig für die Begnadigung ist unter Vorbehalt von Artikel 381 StGB:

- a) der Regierungsrat bei Busse, Geldstrafe von höchstens 180 Tagessätzen, Freiheitsstrafe bis zu sechs Monaten und bei gemeinnütziger Arbeit;
- b) der Landrat bei Geldstrafen von mehr als 180 Tagessätzen und Freiheitsentzug von mehr als sechs Monaten.

Artikel 245 Zuständigkeit

¹Der zuständige Direktion¹⁾ obliegt der Straf- und Massnahmenvollzug. Sie erfüllt alle Aufgaben, die das StGB der Vollzugsbehörde überträgt und die das kantonale Recht nicht ausdrücklich einer anderen Stelle zuweist.

²Sie hat insbesondere

- a) die endgültige Entlassung nach Artikel 62b Absatz 2 StGB zu verfügen;
- b) Massnahmen nach Artikel 62 c Absatz 1 StGB aufzuheben;
- c) dem Gericht zum Entscheid über den Vollzug der Reststrafe Mitteilung zu machen (Art. 62c Abs. 2 StGB);
- d) der Vormundschaftsbehörde gemäss Artikel 62c Absatz 5 StGB Mitteilung zu machen, wenn sie bei Aufhebung der Massnahme eine vormundschaftliche Massnahme für angezeigt hält;
- e) dem Gericht gemäss Artikel 62c Absatz 6 StGB zu beantragen, eine stationäre therapeutische Massnahme vor oder während des Vollzugs aufzuheben und durch eine andere zu ersetzen;
- f) die Prüfung der Entlassung aus dem Vollzug oder der Aufhebung der Massnahme gemäss Artikel 62d StGB vorzunehmen und den unabhängigen Sachverständigen nach Artikel 62d Absatz 2 StGB zu bestellen;
- g) gemäss Artikel 63 Absatz 3 StGB zu verfügen, dass der Täter vorübergehend stationär behandelt wird, wenn dies zur Einleitung der ambulanten Behandlung geboten ist, die Bestimmungen über die notwendige Rechtsverteidigung (Art. 201a) sind vorbehalten;
- h) mindestens einmal jährlich zu prüfen, ob die ambulante Behandlung fortzusetzen oder aufzuheben ist (Art. 63a Abs. 1 StGB);
- i) nach Artikel 64b Absatz 1 StGB von Amtes wegen zu prüfen, ob und wann der Täter aus der Verwahrung bedingt entlassen werden kann und ob die Voraussetzung für eine stationäre therapeutische Behandlung gegeben ist;

¹⁾ Justizdirektion; vgl. Art. 1 und 6 Organisationsreglement (RB 2.3322).

- j) dem Gericht die Änderung der Sanktion im Sinne von Artikel 65 StGB zu beantragen;
- k) die bedingte Entlassung, vorbehältlich der bedingten Entlassung Jugendlicher zu verfügen (Art. 86 StGB).

³Der Regierungsrat wählt die Kommission gemäss Artikel 62d Absatz 2 StGB.

Artikel 245b Buchstabe a und d

Die nach Artikel 245 zuständige Direktion¹⁾ hat zudem

- a) das Arbeitsentgelt eingewiesener Personen zu bestimmen;
- d) dem zuständigen Amt²⁾ Fahrverbote gemäss Artikel 67b StGB zur Erfassung im automatisierten Fahrberechtigungsregister mitzuteilen.

Artikel 246 Mitteilungspflicht

Die Gerichtskanzleien und die Staatsanwaltschaft haben der für den Straf- und Massnahmenvollzug zuständigen Amtsstelle von jedem rechtskräftigen Strafurteil und Strafbefehl unverzüglich schriftlich Mitteilung zu machen, ebenso von der Umwandlung von Strafen.

Artikel 249 Bussen und Geldstrafen

¹Bussen und Geldstrafen werden durch die zuständige Amtsstelle³⁾ eingezogen.

²Sie bestimmt die Zahlungsfrist, gestattet Teilzahlungen, kann die sofortige Bezahlung oder eine Sicherheitsleistung verlangen und leitet die Betreuung ein.

³Die Umwandlung in Ersatzfreiheitsstrafe oder gemeinnützige Arbeit erfolgt durch richterliche Anordnung gemäss Artikel 201 bis 203.

⁴Stirbt die verurteilte Person, so fällt die Busse und die Geldstrafe dahin. Für die Verfahrenskosten und die Entschädigung gilt Artikel 62.

¹⁾ Justizdirektion; vgl. Art. 1 und 6 Organisationsreglement (RB 2.3322).

²⁾ Amt für Strassen- und Schiffsverkehr; vgl. Art. 1 und 6 Organisationsreglement (RB 2.3322).

³⁾ Amt für Finanzen; vgl. Art. 1 und 6 Organisationsreglement (RB 2.3322).

Artikel 253 Bewährungshilfe

Der Landrat erlässt eine Verordnung über die Bewährungshilfe.

Artikel 256 Vollzugskosten
a) im Allgemeinen

¹Die Kosten des Straf- und Massnahmenvollzugs trägt der Kanton. Zu diesen Kosten zählen auch die Nebenauslagen, wie jene für ärztliche und dringende zahnärztliche Behandlung sowie solche Leistungen in einer Anstalt, die nicht im Pflegegeld inbegriffen sind.

²Die verurteilte Person hat sich gemäss Artikel 380 Absatz 2 StGB in angemessener Weise an den Kosten des Straf- und Massnahmenvollzugs zu beteiligen.

³Vorbehalten bleiben Vereinbarungen über die Aufteilung der Kosten unter verschiedene Kantone.

Artikel 257 Absatz 1

¹Die Organe der Strafrechtspflege melden der zuständigen Direktion¹⁾ alle Rechtssprüche, die Kosten nach Artikel 256 nach sich ziehen.

Artikel 259 Absatz 1

¹Das Ziel der Jugendstrafrechtspflege ist der Schutz und die Erziehung des Jugendlichen. Für die Wahl der Massnahmen und Strafen sind das Wohl des Jugendlichen massgebend und der Besserungsgedanke wegleitend. Den Lebens- und Familienverhältnissen des Jugendlichen sowie der Entwicklung seiner Persönlichkeit ist besondere Beachtung zu schenken.

Artikel 260 Geltungsbereich

¹Dieser Abschnitt findet Anwendung auf Jugendliche im Sinne des Bundesgesetzes über das Jugendstrafrecht, wenn sie eine Handlung begehen, die nach den Bestimmungen des eidgenössischen oder kantonalen Rechts mit Strafe bedroht ist, und die der Urner Gerichtsbarkeit untersteht.

¹⁾ Justizdirektion; vgl. Art. 1 und 6 Organisationsreglement (RB 2.3322).

²Vorbehalten bleiben in Bezug auf Jugendliche, die das 15. Altersjahr noch nicht vollendet haben, die Ordnungsbussenverfahren nach eidgenössischem und kantonalem Recht.

Artikel 261 Verweis auf das ordentliche Strafverfahren

Soweit die nachfolgenden Bestimmungen und die Artikel 38 ff. JStG keine abweichende Regelung enthalten, finden die Vorschriften über das ordentliche Strafverfahren sinngemäss Anwendung, aber unter Berücksichtigung der Grundsätze von Schutz und Erziehung, die für das Jugendstrafverfahren wegleitend sind.

Artikel 262 Trennung des Verfahrens

Das Verfahren gegen Jugendliche ist vom Strafverfahren gegen Erwachsene getrennt zu führen.

Artikel 263 Abklärung der persönlichen Verhältnisse, Beobachtung und Begutachtung

¹Soweit dies für den Entscheid über die Anordnung einer Schutzmassnahme oder Strafe erforderlich ist, klärt die Jugendanwaltschaft die persönlichen Verhältnisse des Jugendlichen ab, namentlich in Bezug auf Familie, Erziehung, Schule und Beruf. Zu diesem Zweck kann sie auch eine ambulante oder stationäre Beobachtung anordnen.

²Mit der Abklärung kann eine Person oder Stelle beauftragt werden, die eine fachgerechte Durchführung gewährleistet.

³Besteht ernsthafter Anlass, an der physischen oder psychischen Gesundheit des Jugendlichen zu zweifeln, oder erscheint die Unterbringung zur Behandlung einer psychischen Störung in einer offenen Einrichtung oder die Unterbringung in einer geschlossenen Einrichtung angezeigt, so ordnet die Jugendanwaltschaft eine medizinische oder psychologische Begutachtung an.

Artikel 264 Absatz 1 und 3

¹Der gesetzliche Vertreter ist über die Eröffnung einer Strafuntersuchung gegen Jugendliche sowie über die im Laufe des Verfahrens getroffenen wichtigen Verfügungen zu unterrichten. Ausnahmsweise kann die Orientierung hinausgeschoben werden, bis der Stand der Untersuchung sie zulässt.

³Die Organe der Jugendstrafrechtspflege sind verpflichtet, den Kontakt mit dem gesetzlichen Vertreter des angeschuldigten oder angeklagten Jugendlichen zu suchen und diesen zur Unterstützung ihrer Bestrebungen zu bewegen.

Artikel 265 Ausschluss der Öffentlichkeit

¹Verhandlungen und Urteilsverkündung in Strafverfahren gegen Jugendliche sind nicht öffentlich. Vorbehalten ist Artikel 39 Absatz 2 JStG. Das Präsidium kann Behörden oder Personen, die einen wichtigen Grund nachweisen, den Zutritt gestatten.

²Presseberichterstattungen oder andere Veröffentlichungen über die von den Jugendstrafbehörden behandelten Fälle sind nur mit Zustimmung des Präsidiums der betreffenden Behörde zulässig. Widerhandlungen werden mit Busse bis zu Fr. 5'000.-- bestraft. Solche Disziplinarmaßnahmen können innert zehn Tagen beim Obergericht angefochten werden.

Artikel 266 Absatz 2

²Unter den Voraussetzungen von Artikel 40 Absatz 2 JStG bestellt das Präsidium des Jugendgerichts einen amtlichen Verteidiger.

Artikel 267 Zeugnisverweigerungsrecht

Das Recht der Zeugnisverweigerung besteht bei der Feststellung der persönlichen Verhältnisse eines beschuldigten oder angeklagten Jugendlichen nur soweit, als der Zeuge Amts- oder Berufsgeheimnisse zu wahren hat oder sich selbst eines strafbaren Verhaltens bezichtigen müsste.

Artikel 267b Akteneinsicht (neu)

¹Die Beteiligten haben Anspruch auf Akteneinsicht, soweit nicht überwiegende öffentliche oder private Interessen entgegenstehen.

²Als Beteiligte gelten der Jugendliche selbst, sein gesetzlicher oder freiwilliger Vertreter sowie die für den betroffenen Jugendlichen zuständige Vormundschaftsbehörde.

³Verweigert die Behörde die Einsichtnahmen, muss sie das in den Akten vermerken. Der wesentliche Inhalt des Aktenstücks, in das die Einsicht verweigert wird, muss soweit mit-

geteilt werden, als das ohne Verletzung der zu schützenden Interessen möglich ist.

Artikel 268 Leitung Hilfskräfte

¹Die Jugendanwaltschaft leitet die Untersuchung gegen Jugendliche nach den Vorschriften, die für das ordentliche Untersuchungsverfahren gelten, jedoch unter Berücksichtigung, dass das Ziel des Verfahrens vorwiegend Schutz und Erziehung sein soll.

²Sie kann weitere Personen oder Amtsstellen zur Abklärung des Sachverhaltes und der persönlichen Verhältnisse des Jugendlichen beiziehen. Das Amtsgeheimnis muss gewahrt bleiben.

Artikel 269 Orientierung durch die Polizei

Die Polizei orientiert die Jugendanwaltschaft unverzüglich über eingegangene Strafanzeigen und über Ermittlungen, die gegen Jugendliche geführt werden.

Artikel 270 Absatz 2

²Für Amtshandlungen gegen Jugendliche sind Polizeibeamte oder -beamtinnen einzusetzen, die über genügende rechtliche und psychologische Kenntnisse verfügen. Sie tragen in der Regel in Ausübung dieses Dienstes keine Uniform.

Artikel 271 Absatz 2

²Die Jugendanwaltschaft hat die beschuldigte Person persönlich einzuvernehmen.

Artikel 272 Untersuchungshaft

¹Die Anordnung der Untersuchungshaft gegenüber Jugendlichen ist nur unter den Voraussetzungen von Artikel 6 JStG zulässig.

²Sie wird von der Jugendanwaltschaft verfügt.

³Artikel 117 ist sinngemäss anzuwenden. Haftrichter ist das Vizepräsidium des Jugendgerichts.

Artikel 273 Vorsorgliche Schutzmassnahmen

¹Verlangt das Wohl des Jugendlichen die unverzügliche Entfernung aus der bisherigen Umgebung, so kann die Jugendanwaltschaft vorsorglich Schutzmassnahmen nach den Artikeln 12 bis 15 JStG anordnen.

²Der gesetzliche Vertreter ist vor der vorsorglichen Anordnung einer Schutzmassnahme anzuhören. Die Verfügung ist zu begründen, mit einer Rechtsmittelbelehrung zu versehen und der angeschuldigten Person und ihrem gesetzlichen Vertreter schriftlich zu eröffnen.

³Innert zehn Tagen seit der Zustellung kann die vorsorgliche Verfügung mit Beschwerde an das Jugendgericht weitergezogen werden, das endgültig entscheidet. Die Beschwerde hemmt den Vollzug der vorsorglichen Schutzmassnahme nur, wenn das Präsidium es verfügt.

⁴Die Kosten der vorsorglichen Schutzmassnahme werden wie Vollzugskosten behandelt.

Artikel 274 Entscheid der Jugendanwaltschaft

¹Die Jugendanwaltschaft beurteilt als Einzelgericht nach durchgeführter Untersuchung mittels Strafverfügung die von Jugendlichen begangenen strafbaren Handlungen:

1. wenn sie einen Verweis mit oder ohne Probezeit und damit verbundenen Weisungen, eine persönliche Leistung, eine Busse oder einen Freiheitsentzug bis drei Monate für angemessen hält;
2. wenn sie eine Schutzmassnahme treffen will, oder gemäss Artikel 10 Absatz 2 JStG von der Anordnung einer Schutzmassnahme absehen will;
3. wenn sie gemäss Artikel 21 JStG von einer Bestrafung absehen will.

²Artikel 162 findet sinngemäss Anwendung.

³Dem beurteilten Jugendlichen ist die Strafverfügung von der Jugendanwaltschaft in der Regel mündlich zu erklären.

⁴Die Jugendanwaltschaft stellt das Verfahren ein, wenn die Voraussetzungen von Artikel 7 oder 8 Absatz 2 JStG erfüllt sind. Unter den Voraussetzungen von Artikel 8 Absatz 1 JStG kann sie das Verfahren vorläufig einstellen. Artikel 159 ist sinngemäss anwendbar.

Artikel 274b Mediation (neu)

Der Regierungsrat ordnet das Mediationsverfahren nach Artikel 8 Absatz 3 JStG vorläufig in einem Reglement.

Artikel 275 Absatz 2

²Die Anklageschrift hat sich insbesondere auch über die persönlichen Verhältnisse des angeklagten Jugendlichen auszusprechen.

Artikel 277 Anwesenheit des gesetzlichen Vertreters

Dem gesetzlichen Vertreter des angeklagten Jugendlichen ist der Zeitpunkt der Hauptverhandlung mitzuteilen. Erscheint er vor Gericht, ist er anzuhören.

Artikel 279 Absatz 2

²Das Urteil wird dem Jugendlichen mündlich erklärt.

Artikel 281b Revision

Die obergerichtliche Jugendgerichtskommission ist Revisionsinstanz bei allen Entscheidungen gegen Jugendliche.

Artikel 282 Straf- und Massnahmenvollzug

¹Die Jugendanwaltschaft vollzieht die Massnahmen und Strafen und überwacht die Erziehung und Betreuung der Jugendlichen im Straf- und Massnahmenvollzug. Sie sorgt für die richtige Durchführung der erteilten Weisungen. Für den Bussenvollzug gelten Artikel 249 Absätze 1, 2 und 4.

²Sie kann dabei die Mitwirkung der Polizei, geeigneter Personen oder Institutionen in Anspruch nehmen.

³Für den Freiheitsentzug sind besondere Räume zu benützen. Der Regierungsrat kann mit privaten Anstalten entsprechende Vereinbarungen treffen.

Artikel 283 Zuständigkeit im Vollzugsverfahren

Der Jugendanwalt ist zuständig für Verfügungen im Vollzugsverfahren, insbesondere zur bedingten Entlassung Jugendlicher.

Artikel 284 Kosten des Straf- und Massnahmenvollzuges

Die Kostentragung des Vollzugs richtet sich nach Artikel 43 JStG.

Artikel 285

aufgehoben.

Artikel 285a Aktenaufbewahrung (neu)

Die im Zusammenhang mit einer Straftat erstellten Polizei-, Untersuchungs-, Gerichts- und Vollzugsakten sind während 15 Jahren aufzubewahren.

Artikel 287 Zulassung von Privatanstalten

Die zuständige Direktion¹⁾ bewilligt und beaufsichtigt privat geführte Anstalten und Einrichtungen gemäss Artikel 379 StGB.

Artikel 289a Weitere Aufhebung bisherigen Rechts (neu)

Es werden folgende Erlasse aufgehoben:

1. Verordnung vom 12. Dezember 1979 über die Halbgefängenschaft und den tageweisen Strafvollzug (RB 3.9321)
2. Verordnung vom 7. April 1927 über das Schutzaufsichtsamt (RB 3.9325)
3. Verordnung vom 13. Dezember 2000 über die Strafvollzugsform der gemeinnützigen Arbeit (RB 3.9326)

Artikel 290a Weitere Änderung bisherigen Rechts (neu)

¹⁾Wo das kantonale Recht "Haft" als Sanktion vorsieht, gilt die Sanktion "Busse" nach den Bestimmungen des Bundesrechts und der vorliegenden Verordnung als anwendbar.

¹⁾ Justizdirektion; vgl. Art. 1 und 6 Organisationsreglement (RB 2.3322).

²Die nachstehend erwähnten Rechtserlasse werden wie folgt geändert:

1. Verordnung vom 23. März 1994 über die Verwaltungsrechtspflege (RB 2.2345)

Artikel 92 Absatz 5 (neu)

⁵Für die Umwandlung von Bussen, die von Verwaltungsbehörden ausgesprochen wurden, in eine Ersatzfreiheitsstrafe oder in gemeinnützige Arbeit ist die Staatsanwaltschaft zuständig.

2. Verordnung vom 28. September 1994 über das Strafregister, die Leumundsberichte und die Leumundszeugnisse (RB 3.9323)

Artikel 3 Absatz 3

aufgehoben

3. Zivilprozessordnung vom 23. März 1994 (RB 9.2211):

Artikel 11 Buchstabe b

aufgehoben

4. Vollziehungsverordnung vom 17. November 1971 zum Gesetz über das Gesundheitswesen (RB 30.2115):

Artikel 9 Absatz 1 Buchstabe a

¹In Vollzug der Artikel 60/61GG werden Zuwiderhandlungen wie folgt geahndet:

- a) mit Busse bis zu Fr. 5'000.--:
 1. wer ohne entsprechende Bewilligung Verrichtungen vornimmt, die den Medizinalpersonen vorbehalten sind;
 2. wer in schwerwiegender Art und Weise wichtige andere Vorschriften verletzt.

5. Weitere redaktionelle Anpassungen

- a) Der Ausdruck "Haft oder" wird gestrichen in folgenden Erlassen:
 - Verordnung über die Verwaltungsrechtspflege (RB 2.2345), Artikel 91 Ab-

satz 2

- Zivilprozessordnung (RB 9.2211), Artikel 239 Absatz 2
- Anwaltsverordnung (RB 9.2321), Artikel 12 Absatz 1
- Vermessungsverordnung (RB 9.3431), Artikel 41 Absatz 1
- Verordnung über die Anerkennung privater universitärer Hochschulen (RB 10.2935), Artikel 15 Absatz 1
- Kantonale Waldverordnung (RB 40.2111), Artikel 51 Absatz 2
- Verordnung zum Bundesgesetz über die Jagd und den Schutz wildlebender Säugetiere und Vögel (RB 40.3111), Artikel 44 Absatz 1 und 2
- Verordnung über die Schadenwehr (RB 40.4325), Artikel 24 Absatz 1
- Verordnung über den Strassenverkehr (RB 50.1311), Artikel 26 Absatz 1

II.

Diese Änderung untersteht dem fakultativen Referendum. Der Regierungsrat bestimmt, wann sie in Kraft tritt.

Im Namen des Landrats

Der Präsident: Louis Ziegler

Der Kanzleidirektor: Dr. Peter Huber

Anpassung der Strafprozessordnung (StPO) an das revidierte Strafgesetzbuch (StGB)

bisheriger Wortlaut der StPO	geänderte Fassung
<p>Artikel 2 Örtliche Zuständigkeit</p> <p>¹Die örtliche Zuständigkeit zur Verfolgung und Beurteilung der nach eidgenössischem Recht strafbaren Handlungen richtet sich nach den Bestimmungen des eidgenössischen Rechts, insbesondere nach Artikel 346 bis 351 und 372 StGB.</p> <p>²Diese Bestimmungen finden analoge Anwendung auf die Zuständigkeit zur Verfolgung und Beurteilung der nach kantonalem Recht strafbaren Handlungen.</p>	<p>Artikel 2 Örtliche Zuständigkeit</p> <p>¹Die örtliche Zuständigkeit zur Verfolgung und Beurteilung der nach eidgenössischem Recht strafbaren Handlungen richtet sich nach den Bestimmungen des eidgenössischen Rechts, insbesondere nach Artikel 340 bis 345 StGB und Artikel 38 JStG.</p> <p>²Diese Bestimmungen finden analoge Anwendung auf die Zuständigkeit zur Verfolgung und Beurteilung der nach kantonalem Recht strafbaren Handlungen.</p>
<p>Artikel 4 Prüfung der Zuständigkeit</p> <p>¹Die Organe der Strafrechtspflege haben die Zuständigkeit zur Verfolgung und Beurteilung von Amtes wegen zu prüfen. Gegenüber ausserkantonalen Behörden und Amtsstellen ist der Staatsanwalt und im Rahmen der verhöramtlichen Untersuchung der Verhörrichter zuständig, den ernerischen Gerichtsstand anzuerkennen. Ist der Gerichtsstand streitig, ist stets der Staatsanwalt zur Anerkennung oder zur Vertretung des Kantons vor der Anklagekammer des Bundesgerichts zuständig.</p> <p>²Bei fehlender Zuständigkeit nehmen die Organe der Strafrechtspflege</p>	<p>Artikel 4 Prüfung der Zuständigkeit</p> <p>¹Die Organe der Strafrechtspflege haben die Zuständigkeit zur Verfolgung und Beurteilung von Amtes wegen zu prüfen. Gegenüber ausserkantonalen Behörden und Amtsstellen ist die Staatsanwaltschaft und im Rahmen der verhöramtlichem Untersuchung das Verhöramt zuständig, den ernerischen Gerichtsstand anzuerkennen. Ist der Gerichtsstand streitig, ist stets die Staatsanwaltschaft zur Anerkennung oder zur Vertretung des Kantons vor der Beschwerdekammer des Bundesstrafgerichts zuständig.</p> <p>²Die Staatsanwaltschaft ist zuständig, die Bundesanwaltschaft im Sinne</p>

<p>die unaufschiebbaren Handlungen vor. Sie überweisen die Akten der zuständigen Amtsstelle oder Behörde.</p> <p>³Innerkantonale Streitigkeiten über die Zuständigkeit entscheidet das Obergericht endgültig. Interkantonale gilt Artikel 351 StGB.</p>	<p>von Artikel 337 Absatz 2 Buchstabe b StGB um Übernahme des Verfahrens zu ersuchen. Im Rahmen der verhöramtlichen Untersuchung ist hierzu das Verhöramt zuständig.</p> <p>³Bei fehlender Zuständigkeit nehmen die Organe der Strafrechtspflege die unaufschiebbaren Handlungen vor. Sie überweisen die Akten der zuständigen Amtsstelle oder Behörde.</p> <p>⁴Innerkantonale Streitigkeiten über die Zuständigkeit entscheidet das Obergericht endgültig. Interkantonale gilt Artikel 345 StGB.</p>
<p>Artikel 5 Vereinigung und Trennung von Verfahren</p> <p>¹Mehrere Straftaten des gleichen Täters oder mehrerer Personen, die gemeinsam als Mittäter, Anstifter oder Gehilfen gehandelt haben, werden im gleichen Strafverfahren verfolgt und beurteilt.</p> <p>²Aus Zweckmässigkeitsgründen, namentlich um eine drohende Verjährung zu verhindern, kann eine Trennung vorgenommen werden.</p> <p>³Das Verfahren gegen Kinder und Jugendliche ist von demjenigen gegen Erwachsene so rasch als möglich zu trennen.</p>	<p>Artikel 5 Vereinigung und Trennung von Verfahren</p> <p>¹Mehrere Straftaten des gleichen Täters oder mehrerer Personen, die gemeinsam als Mittäter, Anstifter oder Gehilfen gehandelt haben, werden im gleichen Strafverfahren verfolgt und beurteilt.</p> <p>²Aus Zweckmässigkeitsgründen, namentlich um eine drohende Verjährung zu verhindern, kann eine Trennung vorgenommen werden.</p> <p>³Das Verfahren gegen Jugendliche ist von demjenigen gegen Erwachsene so rasch als möglich zu trennen.</p>
<p>Artikel 9 Ausnahmen vom Verfolgungszwang</p> <p>¹Die Staatsanwaltschaft und das Gericht können von der Strafverfolgung oder der Bestrafung absehen, wenn Schuld und Tatfolgen gering sind und die Verfolgung oder Bestrafung nicht im öffentlichen Interesse geboten erscheint.</p>	<p>Artikel 9 Ausnahmen vom Verfolgungszwang</p> <p>¹Das Verhöramt, die Staatsanwaltschaft oder das Gericht können von der Strafverfolgung oder der Bestrafung absehen, wenn die Voraussetzungen des Bundesrechts erfüllt sind (Art. 52 ff. StGB).</p>

<p>Artikel 16 Erteilung von Bewilligungen</p> <p>Soweit nicht das Konkordat über die Rechtshilfe und die interkantonale Zusammenarbeit in Strafsachen zur Anwendung gelangt, erteilt der Verhörer die Bewilligung für Amtshandlungen, die auf dem Gebiet des Kantons Uri vorgenommen werden sollen (Artikel 355 Absatz 1 StGB).</p>	<p>Artikel 16 Erteilung von Bewilligungen</p> <p>Soweit nicht das Konkordat über die Rechtshilfe und die interkantonale Zusammenarbeit in Strafsachen zur Anwendung gelangt, erteilt das Verhöramt die Bewilligung für Amtshandlungen, die auf dem Gebiet des Kantons Uri vorgenommen werden sollen (Art. 359 Abs. 1 StGB).</p>
<p>Artikel 17 Politische und Pressedelikte</p> <p>Bei politischen oder durch das Mittel der Druckerpresse begangenen Verbrechen und Vergehen entscheidet die zuständige Direktion über die Zuführung des Beschuldigten an den andern Kanton oder die Übernahme des Strafverfahrens (Artikel 352 Absatz 2 StGB).</p>	<p>Artikel 17 Politische und Pressedelikte</p> <p>Bei politischen oder durch das Mittel der Druckerpresse begangenen Verbrechen und Vergehen entscheidet die zuständige Direktion über die Zuführung der beschuldigten Person an den andern Kanton oder die Übernahme des Strafverfahrens (Art. 356 Abs. 2 StGB).</p>
<p>Artikel 42 Rechte und Pflichten</p> <p>¹Der Beschuldigte ist vor seiner rechtskräftigen Verurteilung als nicht schuldig zu betrachten und zu behandeln.</p> <p>²Er ist nicht verpflichtet auszusagen. Verweigert er die Auskunft, ist das Verfahren ohne Rücksicht darauf weiterzuführen.</p>	<p>Artikel 42 Rechte und Pflichten</p> <p>¹Der Beschuldigte ist vor seiner rechtskräftigen Verurteilung als nicht schuldig zu betrachten und zu behandeln.</p> <p>²Er ist nicht verpflichtet auszusagen. Verweigert er die Auskunft, ist das Verfahren ohne Rücksicht darauf weiterzuführen.</p> <p>³Er kann sowohl während der Untersuchung und im Gerichtsverfahren, wie auch im Strafvollzug freiwillig soziale Betreuung in Anspruch nehmen.</p>

	<p>Artikel 43a Verantwortlichkeit des Unternehmens</p> <p>¹In einem Strafverfahren gegen das Unternehmen bestimmt in den Fällen von Artikel 102a Absatz 1 und Absatz 3 StGB das Präsidium des zuständigen Landgerichts die einzige Person, welche das Unternehmen im Strafverfahren vertritt.</p> <p>²Im Untersuchungsverfahren entscheidet das Präsidium des zuständigen Landgerichts auf Antrag des Verhöramts.</p>
<p>Artikel 54 Voraussetzungen</p> <p>¹Die beschuldigte Person muss verteidigt sein, wenn</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. berechtigte Zweifel bestehen, dass sie infolge Minderjährigkeit oder geistiger oder körperlicher Beeinträchtigung nicht im Stande ist, sich selber zu verteidigen, und auch die gesetzliche Vertretung sie nicht ausreichend verbeiständen kann; 2. eine freiheitsentziehende Massnahme oder eine Strafe von einem Jahr oder mehr zu erwarten ist; 3. die freiwillige Verteidigung gemäss Artikel 52 ausgeschlossen wird; 4. sie sich in Untersuchungshaft befindet. In diesem Fall muss innert 10 Tagen seit Antritt der Untersuchungshaft eine notwendige Verteidigung bestellt sein. Wird die beschuldigte Person aus der Untersuchungshaft entlassen, wird die notwendige Verteidigung aufgehoben, es sei denn, sie müsse aus einem anderen Grund 	<p>Artikel 54 Voraussetzungen</p> <p>¹Die beschuldigte Person muss verteidigt sein, wenn</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. berechtigte Zweifel bestehen, dass sie infolge geistiger oder körperlicher Beeinträchtigung im Stande ist, sich selber zu verteidigen, und auch die gesetzliche Vertretung sie nicht ausreichend verbeiständen kann; 2. eine freiheitsentziehende Massnahme oder eine Strafe von einem Jahr oder mehr zu erwarten ist; 3. die freiwillige Verteidigung gemäss Artikel 52 ausgeschlossen wird; 4. sie sich in Untersuchungshaft befindet. In diesem Fall muss innert 10 Tagen seit Antritt der Untersuchungshaft eine notwendige Verteidigung bestellt sein. Wird die beschuldigte Person aus der Untersuchungshaft entlassen, wird die notwendige Verteidigung aufgehoben, es sei denn, sie müsse aus einem anderen Grund

<p>nach dieser Vorschrift angeordnet werden; oder wenn</p> <p>5. besondere Gründe vorliegen, namentlich wenn die Untersuchung oder Beurteilung aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen erhebliche Schwierigkeiten bereitet oder die beschuldigte Person sich selber nicht genügend verteidigen kann.</p>	<p>nach dieser Vorschrift angeordnet werden; oder wenn</p> <p>5. besondere Gründe vorliegen, namentlich wenn die Untersuchung oder Beurteilung aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen erhebliche Schwierigkeiten bereitet oder die beschuldigte Person sich selber nicht genügend verteidigen kann.</p>
<p>Artikel 81 Voraussetzungen</p> <p>¹Als Auskunftspersonen werden einvernommen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Personen, die als Täter, Teilnehmer oder Begünstigter in Frage kommen können, 2. Personen, die in besonders naher Beziehung zum Prozessgegenstand stehen, sofern nicht der Untersuchungszweck ihre Einvernahme als Zeuge erfordert. 3. der Zivilkläger oder die Zivilklägerin. <p>²Kinder unter 15 Jahren dürfen in jedem Fall nur als Auskunftsperson befragt werden. Sie sollen jedoch nur befragt werden, wenn dies unerlässlich ist und ihnen aus der Befragung kein Nachteil droht. Zur Befragung können geeignete Personen beigezogen werden; diesen kann auch die Befragung übertragen werden.</p>	<p>Artikel 81 Voraussetzungen</p> <p>¹Als Auskunftspersonen werden einvernommen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Personen, die als Täter, Teilnehmer oder Begünstigter in Frage kommen können, 2. Personen, die in besonders naher Beziehung zum Prozessgegenstand stehen, sofern nicht der Untersuchungszweck ihre Einvernahme als Zeuge erfordert. 3. der Zivilkläger oder die Zivilklägerin. 4. in einem gegen ein Unternehmen gerichteten Verfahren die Personen, die als Organ oder als Mitglied des Personals auszusagen haben. <p>²Jugendliche unter 15 Jahren dürfen in jedem Fall nur als Auskunftsperson befragt werden. Sie sollen jedoch nur befragt werden, wenn dies unerlässlich ist und ihnen aus der Befragung kein Nachteil droht. Zur Befragung können geeignete Personen beigezogen werden; diesen kann auch die Befragung übertragen werden.</p>

Artikel 86 Recht zur Zeugnisverweigerung und seine Ausnahmen

Von der Zeugnispflicht sind ausgenommen:

1. der Ehegatte, die Verwandten in gerader Linie, die Geschwister, der Schwager und die Schwägerin des Beschuldigten. Besteht die Ehe nicht mehr, so gilt das Recht zur Zeugnisverweigerung nur für Tatsachen, welche sich vor der Eheauflösung zugetragen haben.
2. Mitglieder von Behörden und Angestellte über Tatsachen, die unter das Amtsgeheimnis fallen, solange sie von der zuständigen Behörde nicht zur Aussage ermächtigt werden.
3. Geistliche, Rechtsanwälte und Rechtsanwältinnen, Verteidiger und Verteidigerinnen, Notare und Notarinnen, Ärzte und Ärztinnen, Zahnärzte und Zahnärztinnen, Apotheker und Apothekerinnen, Hebammen sowie ihre Hilfspersonen für Geheimnisse, die ihnen infolge ihres Berufes anvertraut worden sind oder die sie in dessen Ausübung wahrgenommen haben.
4. Redaktoren sowie nach Artikel 27 Ziffer 3 Absatz 2 StGB gleichgestellte Personen.
5. Staatlich anerkannte Psychologen, Sozialarbeiter und Fürsorger.

Artikel 86 Recht zur Zeugnisverweigerung und seine Ausnahmen

Von der Zeugnispflicht sind ausgenommen:

1. der Ehegatte, die Verwandten in gerader Linie, die Geschwister, der Schwager und die Schwägerin des Beschuldigten. Besteht die Ehe nicht mehr, so gilt das Recht zur Zeugnisverweigerung nur für Tatsachen, welche sich vor der Eheauflösung zugetragen haben.
2. Mitglieder von Behörden und Angestellte über Tatsachen, die unter das Amtsgeheimnis fallen, solange sie von der zuständigen Behörde nicht zur Aussage ermächtigt werden.
3. Geistliche, Rechtsanwälte und Rechtsanwältinnen, Verteidiger und Verteidigerinnen, Notare und Notarinnen, Ärzte und Ärztinnen, Zahnärzte und Zahnärztinnen, Apotheker und Apothekerinnen, Hebammen sowie ihre Hilfspersonen für Geheimnisse, die ihnen infolge ihres Berufes anvertraut worden sind oder die sie in dessen Ausübung wahrgenommen haben.
4. Personen, die sich beruflich mit der Veröffentlichung von Informationen im redaktionellen Teil eines periodisch erscheinenden Mediums befassen und ihre Hilfspersonen, unter den Voraussetzungen von Artikel 28a StGB.
5. Staatlich anerkannte Psychologen, Sozialarbeiter und Fürsorger.

<p>Artikel 121 Verfall der Sicherheit</p> <p>¹Die Sicherheit verfällt, wenn der Beschuldigte oder Verurteilte flieht oder sich verborgen hält.</p> <p>²Die verfallene Sicherheit wird in der von der Behörde zu bestimmenden Reihenfolge für die Bezahlung der Verfahrens- und Vollzugskosten, der Busse und zur Deckung der gerichtlich zugesprochenen Schadenersatzbegehren verwendet. Der Rest fällt in die Staatskasse, kann aber zurückerstattet werden, wenn der Flüchtige sich vor Ablauf der Verjährungsfrist stellt.</p>	<p>Artikel 121 Verfall der Sicherheit</p> <p>¹Die Sicherheit verfällt, wenn der Beschuldigte oder Verurteilte flieht oder sich verborgen hält.</p> <p>²Die verfallene Sicherheit wird in der von der Behörde zu bestimmenden Reihenfolge für die Bezahlung der Verfahrens- und Vollzugskosten, der Geldstrafe oder der Busse und zur Deckung der gerichtlich zugesprochenen Schadenersatzbegehren verwendet. Der Rest fällt in die Staatskasse, kann aber zurückerstattet werden, wenn die flüchtige Person sich vor Ablauf der Verjährungsfrist stellt.</p>
<p>Artikel 122 Freigabe der Sicherheit</p> <p>¹Die Sicherheit wird frei bei Wegfall des Haftgrundes, neuer Verhaftung, Einstellung des Verfahrens, Freispruch oder Antritt des Straf- oder Massnahmenvollzuges.</p> <p>²Die freizugebende Sicherheit kann zur Deckung der Verfahrens- und Vollzugskosten sowie der Busse verwendet werden, wenn sie nach Artikel 125 beschlagnahmt wird.</p>	<p>Artikel 122 Freigabe der Sicherheit</p> <p>¹Die Sicherheit wird frei bei Wegfall des Haftgrundes, neuer Verhaftung, Einstellung des Verfahrens, Freispruch oder Antritt des Straf- oder Massnahmenvollzuges.</p> <p>²Die freizugebende Sicherheit kann zur Deckung der Verfahrens- und Vollzugskosten sowie der Geldstrafe oder der Busse verwendet werden, wenn sie nach Artikel 125 beschlagnahmt wird.</p>
<p>Artikel 125 Beschlagnahme von anderen Vermögenswerten</p> <p>Der Verhörer kann darüber hinaus andere Vermögenswerte des Beschuldigten beschlagnahmen, soweit es zur Sicherung der Verfahrens- und Vollzugskosten sowie der Busse notwendig erscheint.</p>	<p>Artikel 125 Beschlagnahme von anderen Vermögenswerten</p> <p>Das Verhöramt kann darüber hinaus andere Vermögenswerte der beschuldigten Person beschlagnahmen, soweit es zur Sicherung der Verfahrens- und Vollzugskosten sowie der Geldstrafe oder der Busse</p>

	notwendig erscheint.
<p>Artikel 128 Entscheid über die beschlagnahmten Gegenstände und Vermögenswerte</p> <p>¹Beschlagnahmte Gegenstände und Vermögenswerte, die für das Strafverfahren nicht mehr benötigt werden und weder der Einziehung unterliegen noch dem Staat verfallen, sind dem Berechtigten zurückzugeben.</p> <p>²Über die Rückgabe oder Verwendung und die Verwertung der anderen Gegenstände und Vermögenswerte ist spätestens bei Abschluss des Verfahrens zu befinden.</p> <p>³Erheben mehrere Personen Anspruch auf den zurückzugebenden Gegenstand bzw. auf die Vermögenswerte, so fällt die Behörde oder Instanz, bei der das Verfahren hängig ist oder zuletzt hängig war, den Entscheid und setzt jedem abgewiesenen Ansprecher eine Frist zur zivilrechtlichen Klage an. Benützen sie diese Frist nicht, so wird der Gegenstand bzw. Vermögenswert dem durch den Entscheid bezeichneten Ansprecher ausgehändigt.</p> <p>⁴Ist die zur Entgegennahme berechtigte Person nicht bekannt, so kann eine öffentliche Aufforderung zur Anmeldung des Anspruches erfolgen. Meldet sich der Berechtigte nicht innerhalb von 5 Jahren, so verfällt der Gegenstand bzw. der Vermögenswert dem Staat (Artikel 58 bis Absatz 3 StGB).</p>	<p>Artikel 128 Entscheid über die beschlagnahmten Gegenstände und Vermögenswerte</p> <p>¹Beschlagnahmte Gegenstände und Vermögenswerte, die für das Strafverfahren nicht mehr benötigt werden und weder der Einziehung unterliegen noch dem Staat verfallen, sind dem Berechtigten zurückzugeben.</p> <p>²Über die Rückgabe oder Verwendung und die Verwertung der anderen Gegenstände und Vermögenswerte ist spätestens bei Abschluss des Verfahrens zu befinden.</p> <p>³Erheben mehrere Personen Anspruch auf den zurückzugebenden Gegenstand bzw. auf die Vermögenswerte, so fällt die Behörde oder Instanz, bei der das Verfahren hängig ist oder zuletzt hängig war, den Entscheid und setzt jedem abgewiesenen Ansprecher eine Frist zur zivilrechtlichen Klage an. Benützen sie diese Frist nicht, so wird der Gegenstand bzw. Vermögenswert dem durch den Entscheid bezeichneten Ansprecher ausgehändigt.</p> <p>⁴Ist die zur Entgegennahme berechtigte Person nicht bekannt, so kann eine öffentliche Aufforderung zur Anmeldung des Anspruches erfolgen. Meldet sich die berechtigte Person nicht innerhalb von fünf Jahren, so verfällt der Gegenstand bzw. der Vermögenswert dem Staat (Art. 70 Abs. 4 StGB).</p>

<p>⁵Gegenstände, die schneller Wertverminderung ausgesetzt sind oder einen kostspieligen Unterhalt erfordern, können vorzeitig freihändig veräussert oder vernichtet werden.</p>	<p>⁵Gegenstände, die schneller Wertverminderung ausgesetzt sind oder einen kostspieligen Unterhalt erfordern, können vorzeitig freihändig veräussert oder vernichtet werden.</p>
<p>Artikel 137 Körperliche Untersuchung, Eingriffe und psychiatrische Begutachtung</p> <p>¹Der Beschuldigte kann, soweit es zur Feststellung des Sachverhalts oder zur Überprüfung der Zurechnungs-, Vernehmungs- und Verhandlungsfähigkeit erforderlich ist:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. körperlich untersucht werden, namentlich zur Entdeckung von Tatspuren, 2. körperlichen Eingriffen, namentlich der Entnahme von Blut oder Mageninhalt, unterzogen werden. 3. stationär oder ambulant psychiatrisch begutachtet werden. <p>²Nicht beschuldigte Personen müssen nur körperliche Untersuchungen und diese nur dulden, wenn der Beweis im Strafverfahren nicht anders geführt werden kann. Zeugnisverweigerung schliesst die Vornahme einer Untersuchung nicht aus. Für die psychiatrische Begutachtung bleibt Artikel 92 vorbehalten.</p> <p>³Der Verhörrichter ist zuständig, solche Zwangsmassnahmen zu verfügen. Solange keine Untersuchung eingeleitet ist, kann auch der Polizeikommandant eine Blutprobe anordnen.</p> <p>⁴Bei stationärer Begutachtung sind die Vorschriften des Haftrechts über</p>	<p>Artikel 137 Körperliche Untersuchung, Eingriffe und psychiatrische Begutachtung</p> <p>¹Der Beschuldigte kann, soweit es zur Feststellung des Sachverhalts oder zur Überprüfung der Zurechnungs-, Vernehmungs- und Verhandlungsfähigkeit erforderlich ist:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. körperlich untersucht werden, namentlich zur Entdeckung von Tatspuren, 2. körperlichen Eingriffen, namentlich der Entnahme von Blut oder Mageninhalt, unterzogen werden, 3. stationär oder ambulant psychiatrisch begutachtet werden. <p>²Nicht beschuldigte Personen müssen nur körperliche Untersuchungen und diese nur dulden, wenn der Beweis im Strafverfahren nicht anders geführt werden kann. Zeugnisverweigerung schliesst die Vornahme einer Untersuchung nicht aus. Für die psychiatrische Begutachtung bleibt Artikel 92 vorbehalten.</p> <p>³Das Verhöramt ist zuständig, solche Zwangsmassnahmen zu verfügen. Solange keine Untersuchung eingeleitet ist, kann auch der Polizeikommandant Blut- und Urinproben anordnen und deren Auswertung veranlassen.</p>

<p>Dauer und gerichtliche Überprüfung der Untersuchungshaft zu beachten.</p>	<p>⁴Bei stationärer Begutachtung sind die Vorschriften des Haftrechts über Dauer und gerichtliche Überprüfung der Untersuchungshaft zu beachten.</p>
<p>Artikel 157 Endgültige Einstellung</p> <p>¹Der Staatsanwalt erlässt eine Einstellungsverfügung, wenn er findet, die vorgeworfene Handlung sei strafrechtlich nicht zu ahnden oder eine eingeleitete Strafverfolgung sei nicht weiterzuführen.</p> <p>²Die Einstellungsverfügung wird erlassen, wenn</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. eine Prozessvoraussetzung fehlt und nicht beigebracht werden kann, 2. kein strafrechtliches Verhalten vorliegt, 3. die Unschuld des Beschuldigten feststeht, 4. der Angeschuldigte zur Zeit der Verübung der Straftat zurechnungsunfähig war, 5. die Belastungstatsachen für eine Überweisung an das Gericht nicht ausreichen, oder 6. die Voraussetzungen von Artikel 9 erfüllt sind. <p>³Müssen Massnahmen nach Artikel 43, 44, 58 oder 59 StGB angeordnet werden, so entscheidet darüber auf Antrag des Staatsanwaltes das zuständige Landgericht.</p>	<p>Artikel 157 Endgültige Einstellung</p> <p>¹Der Staatsanwalt erlässt eine Einstellungsverfügung, wenn er findet, die vorgeworfene Handlung sei strafrechtlich nicht zu ahnden oder eine eingeleitete Strafverfolgung sei nicht weiterzuführen.</p> <p>²Die Einstellungsverfügung wird erlassen, wenn</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. eine Prozessvoraussetzung fehlt und nicht beigebracht werden kann, 2. kein strafrechtliches Verhalten vorliegt, 3. die Unschuld des Beschuldigten feststeht, 4. der Angeschuldigte zur Zeit der Verübung der Straftat zurechnungsunfähig war, 5. die Belastungstatsachen für eine Überweisung an das Gericht nicht ausreichen, oder 6. die Voraussetzungen von Artikel 9 erfüllt sind; vorbehalten bleibt Artikel 55a StGB. <p>³Müssen Massnahmen nach Artikel 59 ff. oder 64 StGB angeordnet werden, so entscheidet darüber auf Antrag der Staatsanwaltschaft das zuständige Landgericht.</p>

Artikel 161 Voraussetzungen

¹Der Staatsanwalt erlässt einen Strafbefehl, wenn als Sanktion für das strafbare Handeln lediglich eine Freiheitsstrafe von höchstens drei Monaten, die Verbindung einer Freiheitsstrafe von höchstens drei Monaten mit einer Busse oder eine Busse allein in Betracht fällt. Er trifft den Entscheid nach seiner freien, aus dem ganzen Verfahren geschöpften Überzeugung.

²Durch Strafbefehle können auch Nebenstrafen (Artikel 51 ff. StGB) und andere Massnahmen (Artikel 57 ff. StGB) angeordnet und Zivilklagen beurteilt werden. Sichernde Massnahmen (Artikel 42–45, 100–100ter StGB) dürfen nicht angeordnet werden.

Artikel 161 Voraussetzungen

¹Die Staatsanwaltschaft erlässt einen Strafbefehl, wenn als Sanktion für das strafbare Handeln lediglich eine der folgenden Strafen in Betracht fällt:

- eine Freiheitsstrafe von höchstens sechs Monaten;
- die Verbindung einer bedingten Freiheitsstrafe von höchstens sechs Monaten mit einer Geldstrafe von höchstens 180 Tagessätzen oder mit einer Busse;
- eine Geldstrafe von höchstens 180 Tagessätzen;
- die Verbindung einer bedingten Geldstrafe von höchstens 180 Tagessätzen mit einer weiteren Geldstrafe von 180 Tagessätzen oder mit einer Busse;
- eine Busse; oder
- gemeinnützige Arbeit.

Sie trifft den Entscheid nach ihrer freien, aus dem ganzen Verfahren geschöpften Überzeugung.

²Durch Strafbefehle können auch andere Massnahmen (Art. 66 ff. StGB) angeordnet und Zivilklagen beurteilt werden. Stationäre therapeutische Massnahmen (Art. 59 ff. StGB) und die Verwahrung (Art. 64 StGB) dürfen nicht angeordnet werden.

³Das Strafbefehlsverfahren steht nicht zur Verfügung, wenn auf Grund einer Straftat während der Probezeit, die neu auszusprechende Strafe

	<p>und die zu widerrufende Strafe zusammen einem zu verbüßenden Freiheitsentzug von mehr als sechs Monaten oder mehr als 180 Tagessätzen Geldstrafe entsprechen.</p>
<p>Artikel 162 Inhalt</p> <p>1Der Strafbefehl enthält:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die Bezeichnung der Verfahrensbeteiligten, 2. das Verhalten des Angeschuldigten nach seinen tatsächlichen und rechtlichen Merkmalen, 3. die anzuwendenden gesetzlichen Bestimmungen, 4. die Angabe der Beweismittel, 5. die Strafe, gegebenenfalls die Gewährung des bedingten Strafvollzuges und der vorzeitigen Bussenlöschung sowie die allfälligen weiteren Sanktionen, 6. den Entscheid über Kosten- und Entschädigungsfolgen, die Einziehung und den Verfall, 7. den Entscheid über die Zivilforderung oder deren Verweisung an den Zivilrichter, 8. die Bezeichnung der Personen und Amtsstellen, denen der Strafbefehl zugestellt wird, 9. die Belehrung über die Einsprachemöglichkeit und den Hinweis auf die Folgen einer unterlassenen Einsprache, und 10. die Unterschrift des Staatsanwaltes und das Datum. 	<p>Artikel 162 Inhalt</p> <p>¹Der Strafbefehl enthält:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die Bezeichnung der Verfahrensbeteiligten, 2. das Verhalten des Angeschuldigten nach seinen tatsächlichen und rechtlichen Merkmalen, 3. die anzuwendenden gesetzlichen Bestimmungen, 4. die Angabe der Beweismittel, 5. die Strafe, Zahl und Höhe allfälliger Tagessätze, gegebenenfalls die Gewährung des bedingten Strafvollzuges sowie die allfälligen weiteren Sanktionen, 6. den Entscheid über Kosten- und Entschädigungsfolgen, die Einziehung und den Verfall, 7. den Entscheid über die Zivilforderung oder deren Verweisung an den Zivilrichter, 8. die Bezeichnung der Personen und Amtsstellen, denen der Strafbefehl zugestellt wird, 9. die Belehrung über die Einsprachemöglichkeit und den Hinweis auf die Folgen einer unterlassenen Einsprache, und 10. die Unterschrift des Staatsanwaltes und das Datum.

<p>Artikel 188 Erledigungsformen</p> <p>¹Das Urteil des Gerichtes lautet auf Freispruch oder Verurteilung.</p> <p>²Ist die Schuld nicht zweifelsfrei erwiesen, so ist der Angeklagte freizusprechen.</p> <p>³Liegen im Zeitpunkt der Beurteilung die Voraussetzungen für eine Strafverfolgung nicht vor, so ist das Verfahren durch Beschluss einzustellen.</p>	<p>Artikel 188 Erledigungsformen</p> <p>¹Das Gericht erlässt ein Urteil oder einen Beschluss. Das Urteil lautet auf Freispruch oder Verurteilung.</p> <p>²Ist die Schuld nicht zweifelsfrei erwiesen, so ist der Angeklagte freizusprechen.</p> <p>³Liegen im Zeitpunkt der Beurteilung die Voraussetzungen für eine Strafverfolgung nicht vor, so ist das Verfahren durch Beschluss einzustellen.</p>
<p>Artikel 192 Urteil</p> <p>a) Inhalt</p> <p>¹Das schriftliche Urteil enthält:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die Bezeichnung des Gerichtes und seiner Zusammensetzung sowie das Datum der Urteilsfällung, 2. die Bezeichnung der Verfahrensbeteiligten, 3. die Anträge der Verfahrensbeteiligten, 4. die Erwägungen des Gerichts in tatsächlicher und rechtlicher Hinsicht, 5. das Dispositiv, namentlich über <ul style="list-style-type: none"> — Schuldspruch, Freispruch, — die angewendeten Gesetzesbestimmungen, — Strafen und Massnahmen, Umgangnehmen von Strafe, Verhaftung oder Freilassung des Angeklagten, 	<p>Artikel 192 Urteil</p> <p>a) Inhalt</p> <p>¹Das schriftliche Urteil enthält:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die Bezeichnung des Gerichtes und seiner Zusammensetzung sowie das Datum der Urteilsfällung, 2. die Bezeichnung der Verfahrensbeteiligten, 3. die Anträge der Verfahrensbeteiligten, 4. die Erwägungen des Gerichts in tatsächlicher und rechtlicher Hinsicht, 5. das Dispositiv, namentlich über <ul style="list-style-type: none"> — Schuldspruch, Freispruch, — die angewendeten Gesetzesbestimmungen, — Strafen und Massnahmen, Strafbefreiung, Verhaftung oder Freilassung des Angeklagten,

<ul style="list-style-type: none"> — Herausgabe von beschlagnahmten Gegenständen, — Verwendung der Sicherheitsleistung, — Aufhebung von Pass- und Schriftensperre, — Zivilansprüche, — Kosten und Entschädigung, <p>6. die Rechtsmittelbelehrung,</p> <p>7. die Bezeichnung der Personen und Amtsstellen, denen das Urteil zugestellt wird, und</p> <p>8. die Unterschriften des Präsidenten und des Gerichtsschreibers mit dem Amtsstempel.</p> <p>²Wird kein Sachurteil gefällt, so ist der Entscheid als Beschluss zu fassen und zu begründen.</p>	<ul style="list-style-type: none"> — Herausgabe von beschlagnahmten Gegenständen, — Verwendung der Sicherheitsleistung, — Aufhebung von Pass- und Schriftensperre, — Zivilansprüche, — Kosten und Entschädigung, <p>6. die Rechtsmittelbelehrung,</p> <p>7. die Bezeichnung der Personen und Amtsstellen, denen das Urteil zugestellt wird, und</p> <p>8. die Unterschriften des Präsidenten und des Gerichtsschreibers mit dem Amtsstempel.</p> <p>²Wird kein Sachurteil gefällt, so ist der Entscheid als Beschluss zu fassen und zu begründen.</p>
<p>Artikel 200 Verfahren und Entscheid</p> <p>¹Der Richter lädt den Gesuchsteller und den Gesuchsgegner vor und erlässt in Form einer Verfügung die in Artikel 57 StGB vorgesehenen Massnahmen.</p>	<p>Artikel 200 Verfahren und Entscheid</p> <p>¹Der Richter lädt den Gesuchsteller und den Gesuchsgegner vor und erlässt in Form einer Verfügung die in Artikel 66 StGB vorgesehenen Massnahmen.</p>
	<p>Artikel 201a Notwendige Rechtsverteidigung</p> <p>Drohen der betroffenen Person schwere Eingriffe in ihre Rechte, ist eine notwendige Rechtsverteidigung anzuordnen. Im Übrigen sind die Bestimmungen über die notwendige Verteidigung anwendbar.</p>

<p>Artikel 204 Zuständigkeit</p> <p>Über die Vollstreckbarkeit ausländischer Strafurteile entscheidet der nach Artikel 348 StGB zuständige Präsident des Landgerichtes.</p>	<p>Artikel 204 Zuständigkeit</p> <p>Über die Vollstreckbarkeit ausländischer Strafurteile entscheidet das nach Artikel 342 StGB zuständige Präsidium des Landgerichts.</p>
<p>Artikel 205 Legitimation</p> <p>Die Rechtsmittel stehen zu:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. dem Beschuldigten und Verurteilten sowie dem gesetzlichen Vertreter, 2. beim Tod des Beschuldigten oder Verurteilten den Angehörigen gemäss Artikel 110 Ziffer 2 StGB, 	<p>Artikel 205 Legitimation</p> <p>Die Rechtsmittel stehen zu:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. dem Beschuldigten und Verurteilten sowie dem gesetzlichen Vertreter, 2. beim Tod des Beschuldigten oder Verurteilten den Angehörigen gemäss Artikel 110 Absatz 1 StGB,
<p>Artikel 237 Wiedereinsetzung</p> <p>¹Wird der Verurteilte im wieder aufgenommenen Verfahren freigesprochen oder erheblich milder beurteilt, so wird er in seine Rechte nach dem neuen Urteil wieder eingesetzt. Bussen und Kosten werden entsprechend zurückerstattet. Über eine Entschädigung wird im Verfahren gemäss Artikel 71 Absatz 3 entschieden.</p>	<p>Artikel 237 Wiedereinsetzung</p> <p>¹Wird die Verurteilte Person im wieder aufgenommenen Verfahren freigesprochen oder erheblich milder beurteilt, so wird sie in ihre Rechte nach dem neuen Urteil wieder eingesetzt. Geldstrafen, Bussen und Kosten werden entsprechend zurückerstattet. Über eine Entschädigung wird im Verfahren gemäss Artikel 71 Absatz 3 entschieden.</p>
<p>Artikel 241 Begnadigungsinstanz</p> <p>Zuständig für die Begnadigung ist</p> <ol style="list-style-type: none"> a) der Regierungsrat bei Busse und bei Freiheitsentzug bis zu sechs Monaten; 	<p>Artikel 241 Begnadigungsinstanz</p> <p>Zuständig für die Begnadigung ist unter Vorbehalt von Artikel 381 StGB:</p> <ol style="list-style-type: none"> a) der Regierungsrat bei Busse, Geldstrafe von höchstens 180

<p>b) der Landrat bei Freiheitsentzug von mehr als sechs Monaten.</p>	<p>Tagessätzen, Freiheitsstrafe bis zu sechs Monaten und bei gemeinnütziger Arbeit;</p> <p>b) der Landrat bei Geldstrafen von mehr als 180 Tagessätzen und Freiheitsentzug von mehr als sechs Monaten.</p>
<p>Artikel 245 Zuständigkeit</p> <p>¹Der zuständigen Direktion obliegt der Straf- und Massnahmenvollzug.</p> <p>²Sie hat insbesondere</p> <p>a) rechtskräftige Strafurteile und Strafbefehle, Ausschaffungs- und Auslieferungsverfügungen zu vollziehen;</p> <p>b) die Verwahrung und die Versorgung von Unzurechnungsfähigen zu besorgen;</p> <p>c) die bedingte Entlassung und Rückversetzung, vorbehaltlich der bedingten Entlassung Jugendlicher, zu verfügen.</p>	<p>Artikel 245 Zuständigkeit</p> <p>¹Der zuständige Direktion obliegt der Straf- und Massnahmenvollzug. Sie erfüllt alle Aufgaben, die das StGB der Vollzugsbehörde überträgt und die das kantonale Recht nicht ausdrücklich einer anderen Stelle zuweist.</p> <p>²Sie hat insbesondere</p> <p>a) die endgültige Entlassung nach Artikel 62b Absatz 2 StGB zu verfügen;</p> <p>b) Massnahmen nach Artikel 62 c Absatz 1 StGB aufzuheben;</p> <p>c) dem Gericht zum Entscheid über den Vollzug der Reststrafe Mitteilung zu machen (Art. 62c Abs. 2 StGB);</p> <p>d) der Vormundschaftsbehörde gemäss Artikel 62c Absatz 5 StGB Mitteilung zu machen, wenn sie bei Aufhebung der Massnahme eine vormundschaftliche Massnahme für angezeigt hält;</p> <p>e) dem Gericht gemäss Artikel 62c Absatz 6 StGB zu beantragen, eine stationäre therapeutische Massnahme vor oder während des Vollzugs aufzuheben und durch eine andere zu ersetzen;</p> <p>f) die Prüfung der Entlassung aus dem Vollzug oder der Aufhebung</p>

	<p>der Massnahme gemäss Artikel 62d StGB vorzunehmen und den unabhängigen Sachverständigen nach Artikel 62d Absatz 2 StGB zu bestellen;</p> <p>g) gemäss Artikel 63 Absatz 3 StGB zu verfügen, dass der Täter vorübergehend stationär behandelt wird, wenn dies zur Einleitung der ambulanten Behandlung geboten ist, die Bestimmungen über die notwendige Rechtsverbeiständung (Art. 201a) sind vorbehalten;</p> <p>h) mindestens einmal jährlich zu prüfen, ob die ambulante Behandlung fortzusetzen oder aufzuheben ist (Art. 63a Abs. 1 StGB);</p> <p>i) nach Artikel 64b Absatz 1 StGB von Amtes wegen zu prüfen, ob und wann der Täter aus der Verwahrung bedingt entlassen werden kann und ob die Voraussetzung für eine stationäre therapeutische Behandlung gegeben sind;</p> <p>j) dem Gericht die Änderung der Sanktion im Sinne von Artikel 65 StGB zu beantragen;</p> <p>k) die bedingte Entlassung, vorbehältlich der bedingten Entlassung Jugendlicher zu verfügen (Art. 86 StGB).</p> <p>³Der Regierungsrat wählt die Kommission gemäss Artikel 62d Absatz 2 StGB.</p>
<p>Artikel 245b Weitere Aufgaben</p> <p>Die nach Artikel 245 zuständige Direktion hat zudem</p> <p>a) den Verdienstanteil eingewiesener Personen zu bestimmen;</p>	<p>Artikel 245b Weitere Aufgaben</p> <p>Die nach Artikel 245 zuständige Direktion hat zudem</p> <p>a) das Arbeitsentgelt eingewiesener Personen zu bestimmen;</p>

<p>b) das Wirtshausverbot bekanntzumachen;</p> <p>c) Rechtshilfe zu leisten, soweit kein direkter Rechtshilfeverkehr zwischen Untersuchungs-, Gerichts- und Vollzugsbehörden besteht.</p>	<p>b) das Wirtshausverbot bekanntzumachen;</p> <p>c) Rechtshilfe zu leisten, soweit kein direkter Rechtshilfeverkehr zwischen Untersuchungs-, Gerichts- und Vollzugsbehörden besteht.</p> <p>d) dem zuständigen Amt Fahrverbote gemäss Artikel 67b StGB zur Erfassung im automatisierten Fahrberechtigungsregister mitzuteilen.</p>
<p>Artikel 246 Mitteilungspflicht</p> <p>Die Gerichtskanzleien und der Staatsanwalt haben der für den Straf- und Massnahmenvollzug zuständigen Amtsstelle von jedem rechtskräftigen Strafurteil und Strafbefehl unverzüglich schriftlich Mitteilung zu machen, ebenso von der Umwandlung von Bussen in Haft.</p>	<p>Artikel 246 Mitteilungspflicht</p> <p>Die Gerichtskanzleien und die Staatsanwaltschaft haben der für den Straf- und Massnahmenvollzug zuständigen Amtsstelle von jedem rechtskräftigen Strafurteil und Strafbefehl unverzüglich schriftlich Mitteilung zu machen, ebenso von der Umwandlung von Strafen.</p>
<p>Artikel 249 Bussen</p> <p>¹Bussen werden durch die zuständige Amtsstelle eingezogen.</p> <p>²Die Finanzverwaltung bestimmt die Zahlungsfrist, gestattet Teilzahlungen und leitet die Betreuung ein (Artikel 49 Ziffer 1 und 2 StGB).</p> <p>³Die Umwandlung der Busse in Haft erfolgt durch richterliche Anordnung gemäss Artikel 201 bis 203.</p> <p>⁴Stirbt der Verurteilte, so fällt die Busse dahin. Für die Verfahrenskosten und die Entschädigung gilt Artikel 62.</p>	<p>Artikel 249 Bussen und Geldstrafen</p> <p>¹Bussen und Geldstrafen werden durch die zuständige Amtsstelle eingezogen.</p> <p>²Sie bestimmt die Zahlungsfrist, gestattet Teilzahlungen, kann die sofortige Bezahlung oder eine Sicherheitsleistung verlangen und leitet die Betreuung ein.</p> <p>³Die Umwandlung in Ersatzfreiheitsstrafe oder gemeinnützige Arbeit erfolgt durch richterliche Anordnung gemäss Artikel 201 bis 203.</p> <p>⁴Stirbt die verurteilte Person, so fällt die Busse und die Geldstrafe</p>

	dahin. Für die Verfahrenskosten und die Entschädigung gilt Artikel 62.
Artikel 253 Schutzaufsicht Der Landrat erlässt eine Verordnung über die Schutzaufsicht.	Artikel 253 Bewährungshilfe Der Landrat erlässt eine Verordnung über die Bewährungshilfe.
Artikel 256 Vollzugskosten a) im allgemeinen ¹ Die Kosten des Vollzugs von Haft-, Gefängnis- und Zuchthausstrafen oder der anstelle der ausgesprochenen Freiheitsstrafe getretenen Verwahrung trägt der Kanton. ² Kosten des Vollzugs freiheitsentziehender Massnahmen haben der Verurteilte selbst und nach ihm die nach Massgabe des Zivilrechts Unterhaltspflichtigen zu tragen. Die nicht einbringlichen Kosten werden je zur Hälfte vom Kanton und von der unterstützungspflichtigen Gemeinde getragen. ³ Zu den Kosten nach Absatz 2 zählen auch die Nebenauslagen, wie jene für ärztliche und dringende zahnärztliche Behandlung sowie solche Leistungen in einer Anstalt, die nicht im Pflegegeld inbegriffen sind. ⁴ Vorbehalten bleiben Vereinbarungen über die Aufteilung der Kosten unter verschiedene Kantone.	Artikel 256 Vollzugskosten a) im Allgemeinen ¹ Die Kosten des Straf und Massnahmenvollzugs trägt der Kanton. Zu diesen Kosten zählen auch die Nebenauslagen, wie jene für ärztliche und dringende zahnärztliche Behandlung sowie solche Leistungen in einer Anstalt, die nicht im Pflegegeld inbegriffen sind. ² Die verurteilte Person hat sich gemäss Artikel 380 Absatz 2 StGB in angemessener Weise an den Kosten des Straf- und Massnahmenvollzugs zu beteiligen. ³ Vorbehalten bleiben Vereinbarungen über die Aufteilung der Kosten unter verschiedene Kantone.
Artikel 257 b) Durchführung ¹ Die Organe der Strafrechtspflege melden der zuständigen Direktion	Artikel 257 b) Durchführung ¹ Die Organe der Strafrechtspflege melden der zuständigen Direktion

alle Rechtssprüche, die Kosten nach Artikel 256 Absatz 2 und 3 nach sich ziehen.	alle Rechtssprüche, die Kosten nach Artikel 256 nach sich ziehen.
<p>Artikel 259 Ziel der Jugendstrafrechtspflege</p> <p>¹Das Ziel der Jugendstrafrechtspflege ist Erziehung und Fürsorge. Für die Wahl der Massnahmen und Strafen ist das Wohl des Kindes oder Jugendlichen massgebend und der Besserungsgedanke wegleitend.</p>	<p>Artikel 259 Ziel der Jugendstrafrechtspflege</p> <p>¹Das Ziel der Jugendstrafrechtspflege ist der Schutz und die Erziehung des Jugendlichen. Für die Wahl der Massnahmen und Strafen sind das Wohl des Jugendlichen massgebend und der Besserungsgedanke wegleitend. Den Lebens- und Familienverhältnissen des Jugendlichen sowie der Entwicklung seiner Persönlichkeit ist besondere Beachtung zu schenken.</p>
<p>Artikel 260 Geltungsbereich</p> <p>¹Dieser Abschnitt findet Anwendung auf Kinder oder Jugendliche im Sinne des Schweizerischen Strafgesetzbuches, wenn sie eine Handlung begehen, die nach den Bestimmungen des eidgenössischen oder kantonalen Rechts mit Strafe bedroht ist, und der Urner Gerichtsbarkeit untersteht.</p> <p>²Vorbehalten bleibt in bezug auf Jugendliche das Verfahren nach dem Bundesgesetz über Ordnungsbussen im Strassenverkehr.</p>	<p>Artikel 260 Geltungsbereich</p> <p>¹Dieser Abschnitt findet Anwendung auf Jugendliche im Sinne des Bundesgesetzes über das Jugendstrafrecht, wenn sie eine Handlung begehen, die nach den Bestimmungen des eidgenössischen oder kantonalen Rechts mit Strafe bedroht ist, und die der Urner Gerichtsbarkeit untersteht.</p> <p>²Vorbehalten bleiben in Bezug auf Jugendliche, die das 15. Altersjahr noch nicht vollendet haben, die Ordnungsbussenverfahren nach eidgenössischem und kantonalem Recht.</p>
<p>Artikel 261 Verweis auf das ordentliche Strafverfahren</p> <p>Soweit die nachfolgenden Bestimmungen keine abweichende Regelung</p>	<p>Artikel 261 Verweis auf das ordentliche Strafverfahren</p> <p>Soweit die nachfolgenden Bestimmungen und die Artikel 38 ff. JStG</p>

<p>enthalten, finden die Vorschriften über das ordentliche Strafverfahren sinngemäss Anwendung, aber unter Berücksichtigung des Fürsorgegedankens, den das Jugendstrafverfahren verfolgt.</p>	<p>keine abweichende Regelung enthalten, finden die Vorschriften über das ordentliche Strafverfahren sinngemäss Anwendung, aber unter Berücksichtigung der Grundsätze von Schutz und Erziehung, die für das Jugendstrafverfahren wegleitend sind.</p>
<p>Artikel 262 Trennung des Verfahrens</p> <p>Das Verfahren gegen Kinder und Jugendliche ist vom Strafverfahren gegen Erwachsene getrennt zu führen.</p>	<p>Artikel 262 Trennung des Verfahrens</p> <p>Das Verfahren gegen Jugendliche ist vom Strafverfahren gegen Erwachsene getrennt zu führen.</p>
<p>Artikel 263 Umfang der Abklärungen</p> <p>¹Nebst den tatsächlichen und persönlichen sind auch die erzieherischen Verhältnisse von Kindern und Jugendlichen zu untersuchen.</p> <p>²Zur Abklärung der persönlichen Verhältnisse und der geeigneten Massnahmen können Sachverständige beigezogen werden.</p>	<p>Artikel 263 Abklärung der persönlichen Verhältnisse, Beobachtung und Begutachtung</p> <p>¹Soweit dies für den Entscheid über die Anordnung einer Schutzmassnahme oder Strafe erforderlich ist, klärt die Jugendanwaltschaft die persönlichen Verhältnisse des Jugendlichen ab, namentlich in Bezug auf Familie, Erziehung, Schule und Beruf. Zu diesem Zweck kann sie auch eine ambulante oder stationäre Beobachtung anordnen.</p> <p>²Mit der Abklärung kann eine Person oder Stelle beauftragt werden, die eine fachgerechte Durchführung gewährleistet.</p> <p>³Besteht ernsthafter Anlass, an der physischen oder psychischen Gesundheit des Jugendlichen zu zweifeln, oder erscheint die Unterbringung zur Behandlung einer psychischen Störung in einer offenen Einrichtung oder die Unterbringung in einer geschlossenen</p>

	Einrichtung angezeigt, so ordnet die Jugendanwaltschaft eine medizinische oder psychologische Begutachtung an.
<p>Artikel 264 Gesetzlicher Vertreter</p> <p>¹Der gesetzliche Vertreter ist über die Eröffnung einer Strafuntersuchung gegen Kinder oder Jugendliche sowie über die im Laufe des Verfahrens getroffenen wichtigen Verfügungen zu unterrichten. Ausnahmsweise kann die Orientierung hinausgeschoben werden, bis der Stand der Untersuchung sie zulässt.</p> <p>²Der gesetzliche Vertreter hat das Recht, angehört zu werden.</p> <p>³Die Organe der Jugendstrafrechtspflege sind verpflichtet, den Kontakt mit dem gesetzlichen Vertreter des angeschuldigten oder angeklagten Kindes oder Jugendlichen zu suchen und diesen zur Unterstützung ihrer Bestrebungen zu bewegen.</p>	<p>Artikel 264 Gesetzlicher Vertreter</p> <p>¹Der gesetzliche Vertreter ist über die Eröffnung einer Strafuntersuchung gegen Jugendliche sowie über die im Laufe des Verfahrens getroffenen wichtigen Verfügungen zu unterrichten. Ausnahmsweise kann die Orientierung hinausgeschoben werden, bis der Stand der Untersuchung sie zulässt.</p> <p>²Der gesetzliche Vertreter hat das Recht, angehört zu werden.</p> <p>³Die Organe der Jugendstrafrechtspflege sind verpflichtet, den Kontakt mit dem gesetzlichen Vertreter des angeschuldigten oder angeklagten Jugendlichen zu suchen und diesen zur Unterstützung ihrer Bestrebungen zu bewegen.</p>

<p>Artikel 265 Ausschluss der Öffentlichkeit</p> <p>¹Verhandlungen und Urteilsverkündung in Strafverfahren gegen Kinder und Jugendliche sind nicht öffentlich. Der Präsident kann Behörden oder Personen, die einen wichtigen Grund nachweisen, den Zutritt gestatten.</p> <p>²Presseberichterstattungen oder andere Veröffentlichungen über die von den Jugendstrafbehörden behandelten Fälle sind nur mit Zustimmung des Präsidenten der betreffenden Behörde zulässig. Widerhandlungen werden mit Haft oder Busse bis zu Fr. 5 000.— bestraft. Solche Disziplinar massnahmen können innert 10 Tagen beim Obergericht angefochten werden.</p>	<p>Artikel 265 Ausschluss der Öffentlichkeit</p> <p>¹Verhandlungen und Urteilsverkündung in Strafverfahren gegen Jugendliche sind nicht öffentlich. Vorbehalten ist Artikel 39 Absatz 2 JStG. Das Präsidium kann Behörden oder Personen, die einen wichtigen Grund nachweisen, den Zutritt gestatten.</p> <p>²Presseberichterstattungen oder andere Veröffentlichungen über die von den Jugendstrafbehörden behandelten Fälle sind nur mit Zustimmung des Präsidiums der betreffenden Behörde zulässig. Widerhandlungen werden mit Busse bis zu Fr. 5'000.-- bestraft. Solche Disziplinar massnahmen können innert zehn Tagen beim Obergericht angefochten werden.</p>
<p>Artikel 266 Verteidigung</p> <p>¹Der gesetzliche Vertreter und der Jugendliche können einen geeigneten Beistand bezeichnen, der nicht Rechtsanwalt zu sein braucht, aber genügende Kenntnisse in Recht und Jugendfürsorge besitzen muss.</p> <p>²In schweren Fällen, insbesondere wenn eine wesentliche Freiheitsbeschränkung des Angeschuldigten zu erwarten ist, bestellt der Präsident des Jugendgerichts einen Verteidiger.</p>	<p>Artikel 266 Verteidigung</p> <p>¹Der gesetzliche Vertreter und der Jugendliche können einen geeigneten Beistand bezeichnen, der nicht Rechtsanwalt zu sein braucht, aber genügende Kenntnisse in Recht und Jugendfürsorge besitzen muss.</p> <p>²Unter den Voraussetzungen von Artikel 40 Absatz 2 JStG bestellt das Präsidium des Jugendgerichts einen amtlichen Verteidiger.</p>

<p>Artikel 267 Zeugnisverweigerungsrecht</p> <p>Das Recht der Zeugnisverweigerung besteht bei der Feststellung der persönlichen Verhältnisse eines beschuldigten oder angeklagten Kindes oder Jugendlichen nur soweit, als der Zeuge Amts- oder Berufsgeheimnisse zu wahren hat oder sich selbst eines strafbaren Verhaltens bezichtigen müsste.</p>	<p>Artikel 267 Zeugnisverweigerungsrecht</p> <p>Das Recht der Zeugnisverweigerung besteht bei der Feststellung der persönlichen Verhältnisse eines beschuldigten oder angeklagten Jugendlichen nur soweit, als der Zeuge Amts- oder Berufsgeheimnisse zu wahren hat oder sich selbst eines strafbaren Verhaltens bezichtigen müsste.</p>
	<p>Artikel 267b Akteneinsicht</p> <p>¹Die Beteiligten haben Anspruch auf Akteneinsicht, soweit nicht überwiegende öffentliche oder private Interessen entgegenstehen.</p> <p>²Als Beteiligte gelten der Jugendliche selbst, sein gesetzlicher oder freiwilliger Vertreter sowie die für den betroffenen Jugendlichen zuständige Vormundschaftsbehörde.</p> <p>³Verweigert die Behörde die Einsichtnahmen, muss sie das in den Akten vermerken. Der wesentliche Inhalt des Aktenstücks, in das die Einsicht verweigert wird, muss soweit mitgeteilt werden, als das ohne Verletzung der zu schützenden Interessen möglich ist.</p>
<p>Artikel 268 Leitung Hilfskräfte</p> <p>¹Der Jugendanwalt leitet die Untersuchung gegen Kinder und Jugendliche nach den Vorschriften, die für das ordentliche Untersuchungsverfahren gelten, jedoch unter Berücksichtigung, dass</p>	<p>Artikel 268 Leitung Hilfskräfte</p> <p>¹Die Jugendanwaltschaft leitet die Untersuchung gegen Jugendliche nach den Vorschriften, die für das ordentliche Untersuchungsverfahren gelten, jedoch unter Berücksichtigung, dass das Ziel des Verfahrens</p>

<p>das Ziel des Verfahrens vorwiegend Erziehung und Hilfe sein soll.</p> <p>²Er kann weitere Personen oder Amtsstellen zur Abklärung des Sachverhaltes und der persönlichen Verhältnisse des Kindes oder Jugendlichen beiziehen. Das Amtsgeheimnis muss gewahrt bleiben.</p>	<p>vorwiegend Schutz und Erziehung sein soll.</p> <p>²Sie kann weitere Personen oder Amtsstellen zur Abklärung des Sachverhaltes und der persönlichen Verhältnisse des Jugendlichen beiziehen. Das Amtsgeheimnis muss gewahrt bleiben.</p>
<p>Artikel 269 Orientierung durch die Polizei</p> <p>Die Polizei orientiert den Jugendanwalt unverzüglich über eingegangene Strafanzeigen und über Ermittlungen, die gegen Kinder und Jugendliche geführt werden.</p>	<p>Artikel 269 Orientierung durch die Polizei</p> <p>Die Polizei orientiert die Jugendanwaltschaft unverzüglich über eingegangene Strafanzeigen und über Ermittlungen, die gegen Jugendliche geführt werden.</p>
<p>Artikel 270 Polizeiliche Ermittlung</p> <p>¹Die polizeiliche Ermittlung beschränkt sich auf jene Massnahmen, die nötig sind, um die Spuren und Merkmale begangener strafbarer Handlungen zu sichern, und die ohne offensichtliche Nachteile für das Verfahren nicht verschoben werden. Weitere Ermittlungen werden nur im Auftrag des Jugendanwaltes vorgenommen.</p> <p>²Für Amtshandlungen gegen Kinder und Jugendliche sind Polizeibeamte oder -beamtinnen einzusetzen, die über genügende rechtliche und psychologische Kenntnisse verfügen. Sie tragen in der Regel in Ausübung dieses Dienstes keine Uniform.</p>	<p>Artikel 270 Polizeiliche Ermittlung</p> <p>¹Die polizeiliche Ermittlung beschränkt sich auf jene Massnahmen, die nötig sind, um die Spuren und Merkmale begangener strafbarer Handlungen zu sichern, und die ohne offensichtliche Nachteile für das Verfahren nicht verschoben werden. Weitere Ermittlungen werden nur im Auftrag des Jugendanwaltes vorgenommen.</p> <p>²Für Amtshandlungen gegen Jugendliche sind Polizeibeamte oder -beamtinnen einzusetzen, die über genügende rechtliche und psychologische Kenntnisse verfügen. Sie tragen in der Regel in Ausübung dieses Dienstes keine Uniform.</p>
<p>Artikel 271 Einvernahme Protokoll</p> <p>¹Eltern, Vormund oder Beistand können zum Verhör beigezogen oder</p>	<p>Artikel 271 Einvernahme Protokoll</p> <p>¹Eltern, Vormund oder Beistand können zum Verhör beigezogen oder</p>

<p>zugelassen werden, soweit dies der Untersuchung nicht abträglich ist.</p> <p>²Der Jugendanwalt hat den Beschuldigten, ausser bei Übertretungen, persönlich einzuvernehmen.</p>	<p>zugelassen werden, soweit dies der Untersuchung nicht abträglich ist.</p> <p>²Die Jugendanwaltschaft hat die beschuldigte Person persönlich einzuvernehmen.</p>
<p>Artikel 272 Untersuchungshaft</p> <p>¹Die Anordnung der Untersuchungshaft gegenüber Kindern und Jugendlichen ist nur ausnahmsweise zulässig.</p> <p>²Sie wird vom Jugendanwalt verfügt.</p> <p>³An Stelle der Untersuchungshaft soll womöglich die Unterbringung in einer vertrauenswürdigen Familie oder in einem Heim angeordnet werden.</p> <p>⁴Artikel 117 ist sinngemäss anzuwenden. Haftrichter ist das Vizepräsidium des Jugendgerichts.</p>	<p>Artikel 272 Untersuchungshaft</p> <p>¹Die Anordnung der Untersuchungshaft gegenüber Jugendlichen ist nur unter den Voraussetzungen von Artikel 6 JStG zulässig.</p> <p>²Sie wird von der Jugendanwaltschaft verfügt.</p> <p>³Artikel 117 ist sinngemäss anzuwenden. Haftrichter ist das Vizepräsidium des Jugendgerichts.</p>
<p>Artikel 273 Vorsorgliche Massnahme</p> <p>¹Verlangt das Wohl des Kindes oder Jugendlichen die unverzügliche Entfernung aus der bisherigen Umgebung, so kann der Jugendanwalt die vorsorgliche Einweisung in eine vertrauenswürdige Familie oder in ein Erziehungsheim anordnen.</p> <p>²Der gesetzliche Vertreter ist vor der Anordnung einer vorsorglichen Massnahme anzuhören. Die Verfügung ist zu begründen, mit einer Rechtsmittelbelehrung zu versehen und dem Angeschuldigten und seinem gesetzlichen Vertreter schriftlich zu eröffnen.</p>	<p>Artikel 273 Vorsorgliche Schutzmassnahmen</p> <p>¹Verlangt das Wohl des Jugendlichen die unverzügliche Entfernung aus der bisherigen Umgebung, so kann die Jugendanwaltschaft vorsorglich Schutzmassnahmen nach den Artikeln 12 bis 15 JStG anordnen.</p> <p>²Der gesetzliche Vertreter ist vor der vorsorglichen Anordnung einer Schutzmassnahme anzuhören. Die Verfügung ist zu begründen, mit einer Rechtsmittelbelehrung zu versehen und der angeschuldigten Person und ihrem gesetzlichen Vertreter schriftlich zu eröffnen.</p> <p>³Innert zehn Tagen seit der Zustellung kann die vorsorgliche Verfügung</p>

<p>³Innert 10 Tagen seit der Zustellung kann die vorsorgliche Verfügung mit Beschwerde an das Jugendgericht weitergezogen werden, das endgültig entscheidet. Die Beschwerde hemmt den Vollzug der vorsorglichen Massnahme nur, wenn der Präsident es verfügt.</p> <p>⁴Die Kosten der vorsorglichen Massnahme werden wie Vollzugskosten behandelt.</p>	<p>mit Beschwerde an das Jugendgericht weitergezogen werden, das endgültig entscheidet. Die Beschwerde hemmt den Vollzug der vorsorglichen Schutzmassnahme nur, wenn das Präsidium es verfügt.</p> <p>⁴Die Kosten der vorsorglichen Schutzmassnahme werden wie Vollzugskosten behandelt.</p>
<p>Artikel 274 Entscheid des Jugendanwaltes</p> <p>¹Die Jugendanwaltschaft beurteilt als Einzelgericht nach durchgeführter Untersuchung mittels Strafverfügung:</p> <p>a) die von Kindern begangenen strafbaren Handlungen;</p> <p>b) die von Jugendlichen begangenen strafbaren Handlungen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. wenn sie einen Verweis oder keine höhere Strafe als Fr. 1000.– Busse, Arbeitsleistung oder Einschliessung bis 30 Tage mit oder ohne Busse bis zu Fr. 1000.– für angemessen hält; 2. wenn sie eine Massnahme ohne Verfügung über den Aufenthaltsort des Angeschuldigten oder der Angeschuldigten treffen will; 3. wenn sie von Massnahmen oder Strafen absehen oder deren Anordnung aufschieben will. Artikel 162 findet sinngemäss Anwendung. <p>^{1a)}Artikel 162 findet sinngemäss Anwendung.</p> <p>²Dem beurteilten Kind oder Jugendlichen ist die Strafverfügung vom Jugendanwalt in der Regel mündlich zu erklären.</p>	<p>Artikel 274 Entscheid der Jugendanwaltschaft</p> <p>¹Die Jugendanwaltschaft beurteilt als Einzelgericht nach durchgeführter Untersuchung mittels Strafverfügung die von Jugendlichen begangenen strafbaren Handlungen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. wenn sie einen Verweis mit oder ohne Probezeit und damit verbundenen Weisungen, eine persönliche Leistung, eine Busse oder einen Freiheitsentzug bis drei Monate für angemessen hält; 2. wenn sie eine Schutzmassnahme treffen will, oder gemäss Artikel 10 Absatz 2 JStG von der Anordnung einer Schutzmassnahme absehen will; 3. wenn sie gemäss Artikel 21 JStG von einer Bestrafung absehen will. <p>²Artikel 162 findet sinngemäss Anwendung</p> <p>³Dem beurteilten Jugendlichen ist die Strafverfügung von der Jugendanwaltschaft in der Regel mündlich zu erklären.</p> <p>⁴Die Jugendanwaltschaft stellt das Verfahren ein, wenn die</p>

<p>³Die Strafverfügung wird dem Beurteilten und seinem gesetzlichen oder gewillkürten Vertreter schriftlich mitgeteilt.</p>	<p>Voraussetzungen von Artikel 7 oder 8 Absatz 2 JStG erfüllt sind. Unter den Voraussetzungen von Artikel 8 Absatz 1 JStG kann sie das Verfahren vorläufig einstellen. Artikel 159 ist sinngemäss anwendbar.</p>
	<p>Artikel 274b Mediation</p> <p>Der Regierungsrat ordnet das Mediationsverfahren nach Artikel 8 Absatz 3 JStG vorläufig in einem Reglement.</p>
<p>Artikel 275 Anklageerhebung</p> <p>¹Ist der Jugendanwalt nicht zuständig, einen Entscheid zu treffen, oder hat der Verurteilte gegen die Strafverfügung Einsprache erhoben, so überweist der Jugendanwalt die Akten mit der Anklageschrift dem Jugendgericht.</p> <p>²Die Anklageschrift hat sich insbesondere auch über die persönlichen Verhältnisse des angeklagten Kindes oder Jugendlichen auszusprechen.</p>	<p>Artikel 275 Anklageerhebung</p> <p>¹Ist der Jugendanwalt nicht zuständig, einen Entscheid zu treffen, oder hat der Verurteilte gegen die Strafverfügung Einsprache erhoben, so überweist der Jugendanwalt die Akten mit der Anklageschrift dem Jugendgericht.</p> <p>²Die Anklageschrift hat sich insbesondere auch über die persönlichen Verhältnisse des angeklagten Jugendlichen auszusprechen.</p>
<p>Artikel 277 Anwesenheit des gesetzlichen Vertreters</p> <p>Dem gesetzlichen Vertreter des angeklagten Kindes oder Jugendlichen ist der Zeitpunkt der Hauptverhandlung mitzuteilen. Erscheint er vor Gericht, ist er anzuhören.</p>	<p>Artikel 277 Anwesenheit des gesetzlichen Vertreters</p> <p>Dem gesetzlichen Vertreter des angeklagten Jugendlichen ist der Zeitpunkt der Hauptverhandlung mitzuteilen. Erscheint er vor Gericht, ist er anzuhören.</p>

<p>Artikel 279 Urteil</p> <p>¹Das Urteil stellt fest, welche mit Strafe bedrohte Handlung der Angeklagte begangen hat und welche Rechtsfolge ihm auferlegt wird. Es erkennt, ob trotz nachgewiesener Tat der Entscheid über die Rechtsfolge aufgeschoben oder von der Anordnung einer solchen abgesehen wird.</p> <p>²Das Urteil wird dem Kind oder Jugendlichen mündlich erklärt.</p> <p>³Es ist dem Beurteilten und seinem gesetzlichen oder gewillkürten Vertreter, versehen mit einer Rechtsmittelbelehrung, schriftlich mitzuteilen. Artikel 192 bis 195 sind anwendbar.</p>	<p>Artikel 279 Urteil</p> <p>¹Das Urteil stellt fest, welche mit Strafe bedrohte Handlung der Angeklagte begangen hat und welche Rechtsfolge ihm auferlegt wird. Es erkennt, ob trotz nachgewiesener Tat der Entscheid über die Rechtsfolge aufgeschoben oder von der Anordnung einer solchen abgesehen wird.</p> <p>²Das Urteil wird dem Jugendlichen mündlich erklärt.</p> <p>³Es ist dem Beurteilten und seinem gesetzlichen oder gewillkürten Vertreter, versehen mit einer Rechtsmittelbelehrung, schriftlich mitzuteilen. Artikel 192 bis 195 sind anwendbar.</p>
<p>Artikel 281b Revision</p> <p>Die obergerichtliche Jugendgerichtskommission ist Revisionsinstanz bei allen Entscheiden gegen Kinder und Jugendliche.</p>	<p>Artikel 281b Revision</p> <p>Die obergerichtliche Jugendgerichtskommission ist Revisionsinstanz bei allen Entscheiden gegen Jugendliche.</p>
<p>Artikel 282 Straf- und Massnahmenvollzug</p> <p>¹Der Jugendanwalt vollzieht die Massnahmen und Strafen und überwacht die Erziehung und Betreuung der Kinder und Jugendlichen im Straf- und Massnahmenvollzug und sorgt für die richtige Durchführung der erteilten Weisungen.</p> <p>²Er kann dabei die Mitwirkung anderer geeigneter Personen oder Institutionen in Anspruch nehmen (Artikel 370 StGB).</p>	<p>Artikel 282 Straf- und Massnahmenvollzug</p> <p>¹Die Jugendanwaltschaft vollzieht die Massnahmen und Strafen und überwacht die Erziehung und Betreuung der Jugendlichen im Straf- und Massnahmenvollzug. Sie sorgt für die richtige Durchführung der erteilten Weisungen. Für den Bussenvollzug gelten Artikel 249 Absätze 1, 2 und 4.</p> <p>²Sie kann dabei die Mitwirkung der Polizei, geeigneter Personen oder</p>

<p>³Für die Einschliessung sind besondere Räume zu benützen. Der Regierungsrat kann mit privaten Anstalten entsprechende Vereinbarungen treffen.</p> <p>⁴Mit der Durchführung des Schularrestes kann der Lehrer des fehlbaren Kindes beauftragt werden.</p>	<p>Institutionen in Anspruch nehmen.</p> <p>³Für den Freiheitsentzug sind besondere Räume zu benützen. Der Regierungsrat kann mit privaten Anstalten entsprechende Vereinbarungen treffen.</p>
<p>Artikel 283 Zuständigkeit im Vollzugsverfahren</p> <p>Der Jugendanwalt ist zuständig für Verfügungen im Vollzugsverfahren, insbesondere zur bedingten Entlassung Jugendlicher (Artikel 94, 94 bis, 95 StGB sowie Artikel 51 Buchstabe b GOG).</p>	<p>Artikel 283 Zuständigkeit im Vollzugsverfahren</p> <p>Der Jugendanwalt ist zuständig für Verfügungen im Vollzugsverfahren, insbesondere zur bedingten Entlassung Jugendlicher.</p>
<p>Artikel 284 Kosten des Strafvollzuges</p> <p>Die Kosten des Vollzugs einer Disziplinarstrafe für Kinder (Artikel 87 StGB) und der Bestrafung Jugendlicher (Artikel 95 StGB) sind Strafvollzugskosten gemäss Artikel 256 Absatz 1.</p>	<p>Artikel 284 Kosten des Straf- und Massnahmenvollzuges</p> <p>¹Die Kostentragung des Vollzugs richtet sich nach Artikel 43 JStG.</p>
<p>Artikel 285 Kosten des Massnahmenvollzuges</p> <p>¹Die Kosten des Vollzugs einer Erziehungsmassnahme sowie jene für die besondere Behandlung gegenüber Kindern und Jugendlichen (Artikel 84 und 85 sowie 91 und 92 StGB) sind Massnahmenvollzugskosten gemäss Artikel 256 Absatz 2.</p> <p>²Liegen besondere Umstände vor, kann die zuständige Direktion auf Antrag des Jugendanwaltes darauf verzichten, die Kosten beim</p>	<p>Artikel 285</p> <p>aufgehoben</p>

<p>Verurteilten und nach ihm bei den nach Zivilrecht Unterhaltspflichtigen bzw. bei der unterstützungspflichtigen Gemeinde einzutreiben.</p>	
	<p>Artikel 285a Aktenaufbewahrung</p> <p>Die im Zusammenhang mit einer Straftat erstellten Polizei-, Untersuchungs-, Gerichts- und Vollzugsakten sind während 15 Jahren aufzubewahren.</p>
<p>Artikel 287 b) der zuständigen Direktion</p> <p>Die zuständige Direktion ordnet die ärztliche Aufsicht über die für den Vollzug der erzieherischen und sichernden Massnahmen bestimmten Privatanstalten, Familien- und Erziehungshilfen gemäss Artikel 391 StGB.</p>	<p>Artikel 287 Zulassung von Privatanstalten</p> <p>Die zuständige Direktion bewilligt und beaufsichtigt privat geführte Anstalten und Einrichtungen gemäss Artikel 379 StGB.</p>
	<p>Artikel 289a Weitere Aufhebung bisherigen Rechts</p> <p>Es werden folgende Erlasse aufgehoben:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Verordnung vom 12. Dezember 1979 über die Halbgefängenschaft und den tageweisen Strafvollzug (RB 3.9321) 2. Verordnung vom 7. April 1927 über das Schutzaufsichtsamt (RB 3.9325) 3. Verordnung vom 13. Dezember 2000 über die Strafvollzugsform der gemeinnützigen Arbeit (RB 3.9326)

Artikel 290a Weitere Änderung bisherigen Rechts

¹Wo das kantonale Recht "Haft" als Sanktion vorsieht, gilt die Sanktion "Busse" nach den Bestimmungen des Bundesrechts und der vorliegenden Verordnung als anwendbar.

²Die nachstehend erwähnten Rechtserlasse werden wie folgt geändert:

1. Verordnung vom 23. März 1994 über die Verwaltungsrechtspflege (RB 2.2345)

Artikel 92 Absatz 5 (neu)

⁵Für die Umwandlung von Bussen, die von Verwaltungsbehörden ausgesprochen wurden, in eine Ersatzfreiheitsstrafe oder in gemeinnützige Arbeit ist die Staatsanwaltschaft zuständig.

2. Verordnung vom 28. September 1994 über das Strafregister, die Leumundsberichte und die Leumundszeugnisse (RB 3.9323)

Artikel 3 Absatz 3

aufgehoben

3. Zivilprozessordnung vom 23. März 1994 (RB 9.2211):

Artikel 11 Buchstabe b

aufgehoben

4. Vollziehungsverordnung vom 17. November 1971 zum Gesetz über das Gesundheitswesen (RB 30.2115):

Artikel 9 Absatz 1 Buchstabe a

¹In Vollzug der Artikel 60/61GG werden Zuwiderhandlungen wie folgt geahndet:

a) mit Busse bis zu Fr. 5'000.--,

1. wer ohne entsprechende Bewilligung Verrichtungen vornimmt, die den Medizinalpersonen vorbehalten sind;
2. wer in schwerwiegender Art und Weise wichtige andere Vorschriften verletzt;

5. Weitere redaktionelle Anpassungen

a) Der Ausdruck "Haft oder" wird gestrichen in folgenden Erlassen:

- Verordnung über die Verwaltungsrechtspflege (RB 2.2345),

Artikel 91 Absatz 2

- Zivilprozessordnung (RB 9.2211), Artikel 239 Absatz 2
- Anwaltsverordnung (RB 9.2321), Artikel 12 Absatz 1
- Vermessungsverordnung (RB 9.3431), Artikel 41 Absatz 1
- Verordnung über die Anerkennung privater universitärer Hochschulen (RB 10.2935), Artikel 15 Absatz 1
- Kantonale Waldverordnung (RB 40.2111), Artikel 51 Absatz 2
- Verordnung zum Bundesgesetz über die Jagd und den Schutz wildlebender Säugetiere und Vögel (RB 40.3111), Artikel 44 Absatz 1 und 2
- Verordnung über die Schadenwehr (RB 40.4325), Artikel 24 Absatz 1
- Verordnung über den Strassenverkehr (RB 50.1311), Artikel 26 Absatz 1